

BAUSTELLE

## Wie wir Chancen verspielen

**1. Mai** Zum Tag der Arbeit unter dem Motto  
»Solidarität – Vielfalt – Gerechtigkeit«

→ Seite 6

**Bombardier** Erfolgreich gegen  
Stellenabbau gewehrt

→ Seite 17

**Bezirk**

→ Seite 28

## INHALT

- 4 **Marktführer aus Mecklenburg** Seit 70 Jahren werden aus einem Betrieb im Städtchen Waren Werften in aller Welt beliefert.
- 6 **Tag der Arbeit** »Solidarität – Vielfalt – Gerechtigkeit«: Unter diesem Motto treffen sich am 1. Mai Tausende zu Kundgebungen.
- 7 **Datenschutz-Grundverordnung** Die Europäische Union vereinheitlicht und modernisiert das Datenschutzrecht.
- 8 **Interview** Ralf Kutzner erklärt, warum sich gerade Handwerker in der IG Metall engagieren sollten.
- 9 **Pay-Rise-Kampagne** Gewerkschaften fordern die schrittweise Angleichung der Löhne in Europa.
- 10 **Arbeitslosigkeit** Kann ein »sozialer Arbeitsmarkt« Langzeitarbeitslosen helfen? Und wenn ja: unter welchen Voraussetzungen?

Titellustration (M): zaleiu/istock

## TITEL 12 Warum Bildung neu gedacht werden muss

Das Versprechen vom Aufstieg durch Bildung bleibt gerade für Kinder aus bildungsfernen Familien oft unerreichbar. Viel zu stark hängt der Schulerfolg von Bildungsniveau und Einkommen der Eltern ab. Die anfängliche Ungleichheit verfestigt sich auf dem Lebensweg meist noch. Was dagegen getan werden muss.

- 16 **Fusionspläne** Das Zusammengehen von Thyssen-Krupp und Tata Steel ist noch nicht in trockenen Tüchern.
- 17 **Bombardier** Aufatmen beim Zugbauer: Bis Ende 2019 sind Kündigungen ausgeschlossen. Alle Standorte bleiben erhalten.
- 18 **Textil Ost** 29 Jahre nach dem Mauerfall sollen sich die Arbeitszeiten in Ost und West annähern. Gespräche haben begonnen.
- 19 **Bürotrend** Die Tücken von Telefonkonferenzen und wie man sie geschickt meistert.
- 20 **Tarifbindung** Immer mehr Belegschaften setzen Tarifverträge durch. Drei Geschichten zeigen beispielhaft, wie es funktioniert.
- 22 **Recht so** Experte Tjark Menssen über Arbeitnehmerrechte bei der Urlaubsplanung im Betrieb.
- 23 **Rechtsfall** Was Beschäftigte nach einer Kündigung beachten müssen, damit ihr Urlaubsanspruch nicht verfällt.
- 24 **Krankengeld** Was man zur Lohnersatzleistung der gesetzlichen Krankenkassen wissen muss.
- 25 **Kurz erklärt** Psychische Fehlbelastungen – was Beschäftigte darüber wissen sollten.
- 26 **Berufsporträt** Zweiradmechatiker brauchen technisches Verständnis, Sorgfalt und viel Geschicklichkeit.
- 28 **Aus den Bezirken**
- 30 **Lokales/Karikatur**
- 31 **Rätsel/Impressum**

REDAKTIONSSCHLUSS DIESER AUSGABE:  
18. April 2018



Foto: DGB

**Maifeiertag** Der Tag der Arbeit steht in diesem Jahr unter dem Motto »Solidarität – Vielfalt – Gerechtigkeit«. → Seite 6



Foto: Pawel Sosnowski

**Bombardier** Das Unternehmen wollte 2500 Stellen in Deutschland streichen. Dagegen wehrten sich Belegschaft und IG Metall – mit Erfolg. → Seite 17

## LESERBRIEFE

### Keine faulen Kompromisse

metallzeitung 4/2018

»IG Metall mahnt blaue Plakette an«

In Ihrem Artikel wird nicht deutlich genug, welche Folgen auf Dieselfahrer mit Pkws der Euro-5-Norm und darunter zukommen, wenn nicht endlich die Möglichkeit zur Nachrüstung gegeben wird oder wenn diese durch die Auto-Lobby und die Politik blockiert wird. Die Kunden wurden wissentlich belogen, das technisch Machbare nicht umgesetzt. Ich möchte nicht, dass der Lobbyismus weiter die Rechte der Kunden und Verbraucher beschneidet. Es sollte Schluss sein mit falschen Versprechungen, faulen Kompromissen, Deuten der Sterne mit dem Ziel der kalten Enteignung. Wir sind ein Dreipersonenhaushalt mit Diesel-Pkws-Euro-5 2011-15. Auch wir wollen saubere Luft und damit Nachrüstung jetzt ohne Betrachtung der Kostenanteile.

**Bernd Demel, per E-Mail**

### Misstände in Textilindustrie

metallzeitung 4/2018

»Mahnmahl gegen Ausbeutung«

Mit großem Interesse habe ich den Beitrag in der metallzeitung gelesen. Leider muss es oft zuerst zu so einem großen Unglück kommen wie das von Rana Plaza, um auf die

Ausbeutung von Menschen, hier vor allem Frauen, aufmerksam zu machen. Auch als Metaller (über 50 Jahre Mitgliedschaft) bin ich an diesem Thema sehr interessiert. Über 30 Jahre arbeite ich ehrenamtlich in der Kinderhilfsorganisation terre des hommes mit. Gerade die Schwächsten einer Gesellschaft, die Kinder, werden immer noch massiv ausgebeutet. Nutznießer sind vor allem die westlichen Länder. Danke, dass Ihr das Thema in der metallzeitung gebracht habt.

**Georg FaruB, Neuss, per E-Mail**

### Verlust der Heimat

metallzeitung 4/2018

»Zu Hause ist Meer«

Ein echt guter Beitrag. Der Trend zur schier grenzenlosen Mobilität beraubt nicht nur viele Menschen ihrer Heimat und schafft nicht nur Wohnungsmangel, den es sonst in diesem Maße nicht gäbe, sondern zwingt auch die Wachstumskommunen, ihre Infrastruktur für teures Geld ständig anpassen zu müssen. Andererseits werden Geringverdiener, Arbeitslose und Rentner in den Ballungsräumen durch stetig steigende Mieten vom Verlust ihrer Heimat bedroht – wie am südwestlichen Rand Berlins.

**Herbert Weiß, Stahnsdorf**



Illustration: Gerald Meil



Foto: torwaipphoto/stock.adobe.com

**Ratgeber** Antworten auf die wichtigsten Fragen rund um das Krankengeld der gesetzlichen Krankenkassen. → Seite 24

**Zweiradmechatroniker** Der Beruf wird immer anspruchsvoller, weil in Zweirädern immer mehr Elektronik steckt. → Seite 26

## FRAGE & ANTWORT

### Erhalte ich in Altersteilzeit die volle Tarifierhöhung?

**Antwort:** Altersteilzeiter erhalten die volle Metall-Tarifierhöhung von 4,3 Prozent auf ihr monatliches Altersteilzeitentgelt. Dazu kommt dann wie bisher der prozentuale Aufstockungsbetrag. Beschäftigte in Altersteilzeit erhalten zudem – wie andere Teilzeitbeschäftigte auch – Einmal-

zahlungen wie das Tarifliche Zusatzgeld (T-ZUG) anteilig, entsprechend ihrer halbierten Arbeitszeit. Die Einmalzahlungen werden nach Gesetz nicht aufgestockt. Das T-ZUG ab 2019 beträgt somit 27,5 Prozent des Altersteilzeitentgelts ohne Aufstockung. Als Zusatzbetrag (400 Euro in Vollzeit) gibt es 2019 in Altersteilzeit 200 Euro, ab 2020 dann die Hälfte der 12,3 Prozent des Eckentgelts.



Foto: contrastwerkstatt/stock.adobe.com

**Beschäftigte in Altersteilzeit erhalten die vollen Tarifierhöhungen – und entsprechend ihrer halbierten Arbeitszeit anteilig Einmalzahlungen wie das neue Tarifliche Zusatzgeld und den Zusatzbetrag, die es ab 2019 gibt.**

## GEWONNEN

### Ruhrfestspiele 2018

Je zwei Karten für das Stück »Der Besuch der alten Dame«

am 5. Mai 2018 gehen an:

Kurt-Dieter Jünger, Oberhausen  
Stephanie Dohms, Bergisch Gladbach  
Heidi Dansauer, Groß-Rohrheim

## EDITORIAL



Foto: Frank Rumpenhorst

Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall

## Solidarität, Vielfalt, Gerechtigkeit

**Tag der Arbeit** Solidarität, Vielfalt, Gerechtigkeit – das sind unsere Antworten auf die großen Herausforderungen unserer Zeit.

Als 1890 zum ersten Mal Millionen Menschen in Teilen Europas und in den USA zum Weltfeiertag der Arbeit auf die Straße gingen, war die Arbeitswelt eine andere. Die zentrale Forderung damals: »Den Arbeitstag auf acht Stunden festzusetzen.« Seitdem hat die Gewerkschaftsbewegung viel erreicht: von besagtem Acht-Stunden-Tag über den Jahresurlaub und die Fünf-Tage-Woche bis zur Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Jüngst die Reduzierung der Arbeitszeit auf 28 Stunden pro Woche, wenn es zum Leben passt. Immer musste erkämpft werden, was manchem inzwischen selbstverständlich erscheint.

**Gerecht und sicher** Auch heute stehen wir vor großen Herausforderungen. Ob Globalisierung, Digitalisierung oder Klimawandel – die Megatrends unserer Zeit haben massive Auswirkungen auf die Arbeitswelt. Und sie treffen auf eine Gesellschaft, die zunehmend nicht nur als ungerecht empfunden wird, sondern es auch ist. Umso drängender ist die Aufgabe, alle Beschäftigten sicher durch die Transformation zu führen. Hier sind Unternehmen und Politik gefordert: Der Arbeitsplatz muss zum Lernort werden. Die Qualität und der institutionelle Rahmen für berufsbegleitende Weiterbildung müssen sich ändern. Und die Arbeitsmarktpolitik muss sich ändern. Es gilt, den Kreis der Anspruchsberechtigten auf Arbeitslosengeld I zu erweitern oder die Bezugsdauer wieder zu verlängern, wenn Beschäftigte Rationalisierungsoffer wurden. Qualifizierung muss Vorrang vor Vermittlung haben. An diesen Kernthemen kann man sich nicht mit Debatten über Grundeinkommen welcher Art auch immer vorbeimogeln. Unser Ziel ist klar: Wir wollen eine Arbeitswelt 4.0, die gerecht, sicher und selbstbestimmt ist. Dafür treten wir ein – am Tag der Arbeit und an 364 weiteren Tagen im Jahr.



## Schiffsschrauben aus Mecklenburg für die Weltmeere

Rund 100 Tonnen schwer, über 10 Meter im Durchmesser, ein majestätisches Kunstwerk aus geschliffenem Metall – eigentlich zu schön, um für immer unter der Meeresoberfläche zu verschwinden. Doch genau das wird passieren, denn das ist die Bestimmung des glänzenden Kolosses: Das Foto zeigt eine Schiffsschraube, gebaut, um Kreuzfahrtschiffe wie die Queen Mary 2 oder riesige Containerschiffe in Bewegung zu setzen.

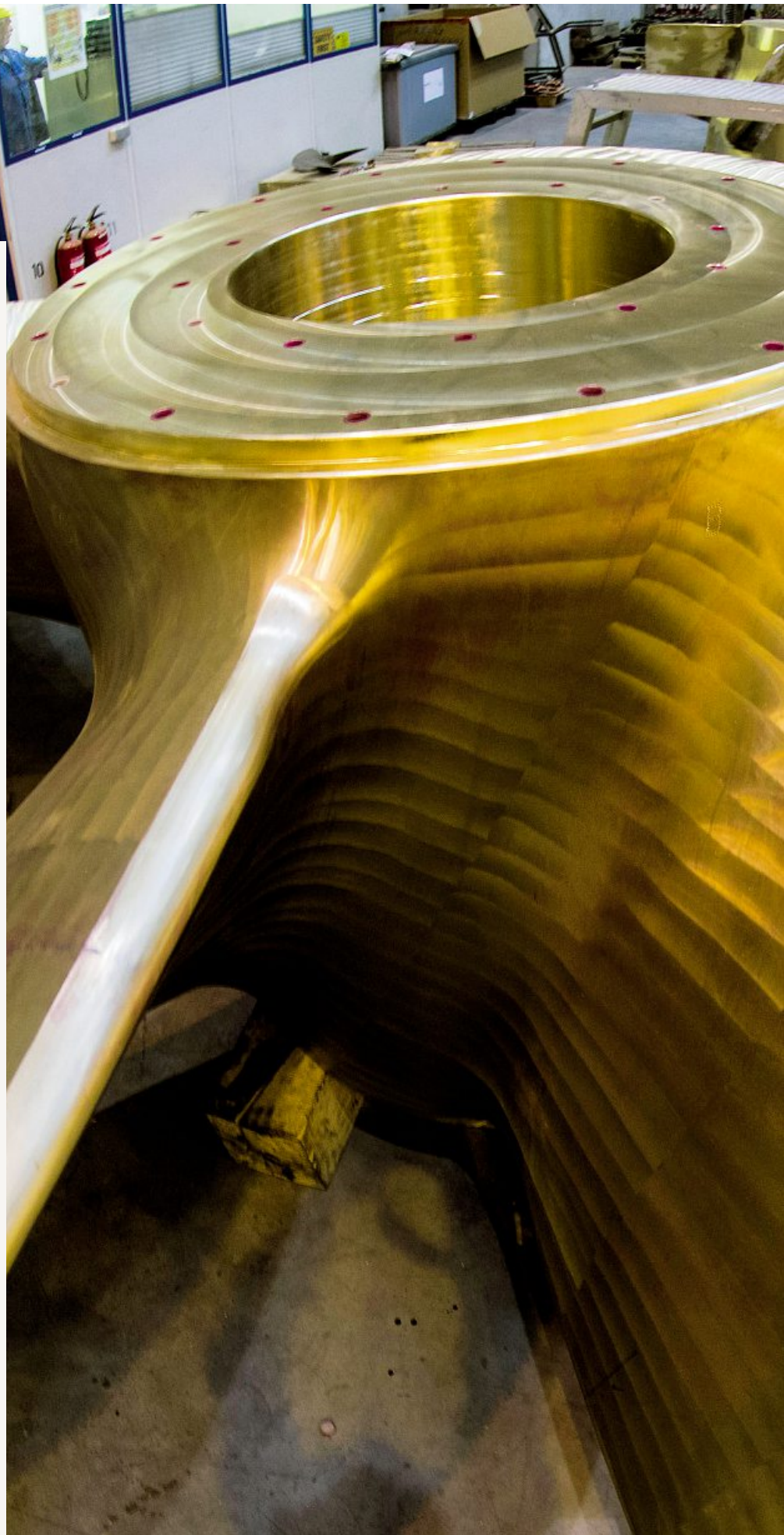
Seit 70 Jahren werden bei der Mecklenburger Metallguss (MMG) nun schon Schiffspropeller konstruiert und gefertigt. Als 1948 die ersten Metallteile für die Schiffsindustrie gegossen wurden, war an solch riesige Dimensionen noch nicht zu denken. Und schon gar nicht stand damals im Raum, dass aus dem Werk in dem Städtchen Waren an der Müritz einmal die größten Werften in aller Welt beliefert werden würden.

**Rekordhalter** Heute kann das Unternehmen gleich mit mehreren Rekorden aufwarten: In Waren werden die schwersten verfügbaren Schiffspropeller hergestellt. Der Elektroschmelzofen für Kupferlegierungen ist weltweit der größte seiner Bauart. Die Gießerei selbst ist größer als ein Fußballfeld.

Dass die MMG-Belegschaft ihren gerechten Anteil am Unternehmenserfolg erhält, dafür sorgen die engagierten Betriebsräte gemeinsam mit der IG Metall als starkem Partner. Gemeinsam sind sie schon durch wirtschaftlich stürmische Zeiten gegangen.

Die Mecklenburger Metallguss stellt nicht nur die größten, sondern auch besonders energieeffiziente Schiffspropeller her. Genau das wurde zuletzt zum Problem, da sich viele Reeder die treibstoffsparenden Propeller angesichts des gesunkenen Ölpreises nicht mehr leisten wollen. Doch Betriebsrat und IG Metall tun alles dafür, um die Belegschaft sicher auch durch diese Krise zu navigieren.

**Artur.Siemens@igmetall.de**





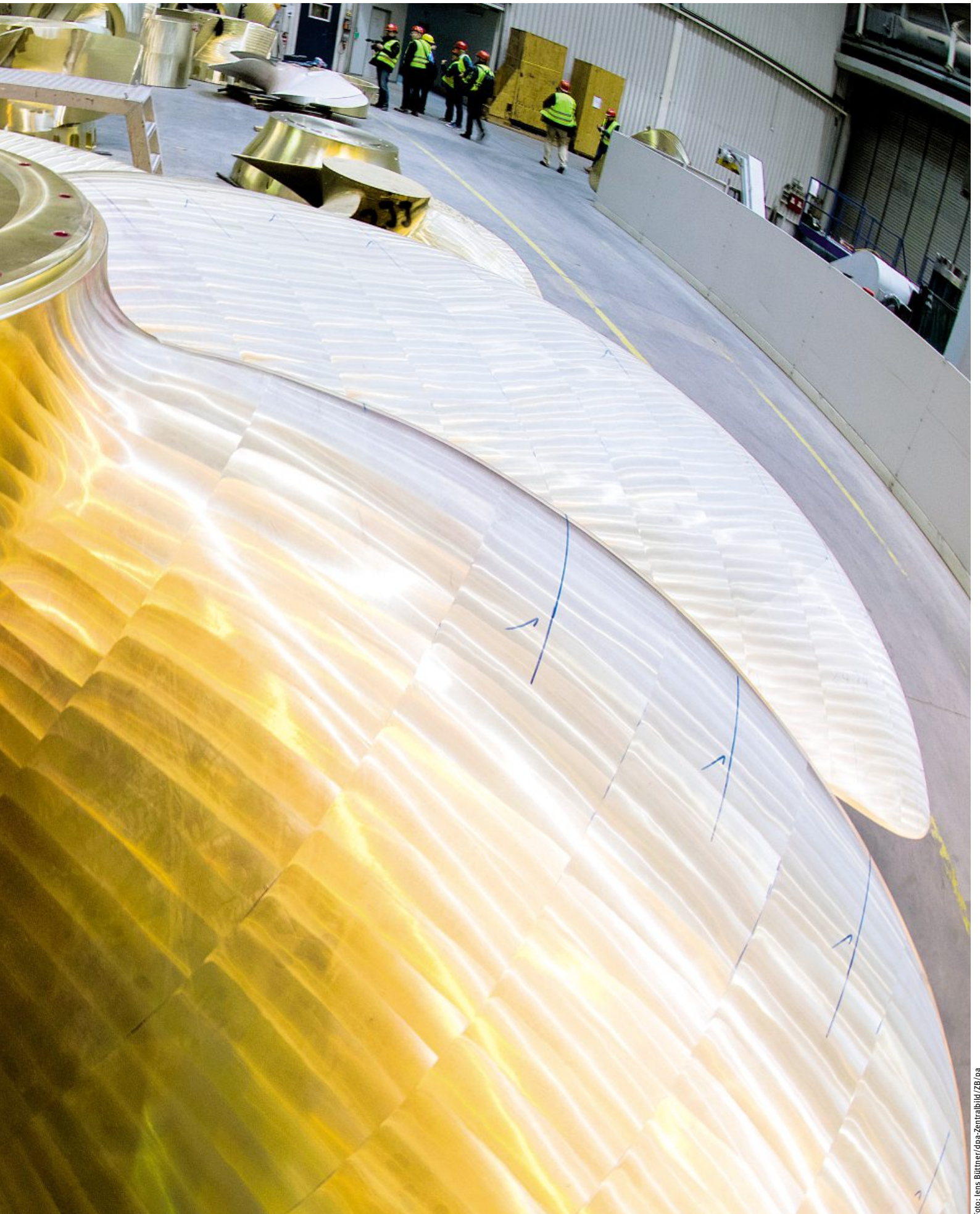


Foto: Jens Büttner/dpa-Zentralbild/ZB/pa





Cartoon: Stephan Rürup

# 78 Milliarden

## USA wichtigster Handelspartner

Deutsche Firmen haben 2017 6,2 Prozent mehr Waren ausgeführt als 2016, zeigt eine Auswertung des Statistischen Bundesamts. Im Ausland besonders gefragt sind Autos, Fahrzeugteile und Maschinen. Die meisten Lieferungen gingen in Länder der Europäischen Union. Wichtigstes Einzelland waren jedoch die USA: Allein Firmen der Metall- und Elektroindustrie schickten Güter im Wert von über 78 Milliarden Euro auf die andere Seite des großen Teichs. Im Handel mit den USA erzielte die Metall- und Elektrobranche aber auch den größten Überschuss. Der Wert der Exporte in die USA überstieg den der Importe aus den USA um 45,6 Milliarden Euro.

## Vier Prozent mehr für Holz und Kunststoff

Mit der nächsten Lohnabrechnung haben die Beschäftigten in tarifgebundenen Betrieben der Holz- und Kunststoffindustrie mehr Geld. Ab Mai steigen die Entgelte um vier Prozent. Das haben die IG Metall und ihre Mitglieder in der Holz- und Kunststofftarifrunde durchgesetzt. In Sachsen-Anhalt gibt es erst ab Juni vier Prozent mehr, dafür aber eine höhere Einmalzahlung. In Berlin-Brandenburg und an der Küste laufen die Tarifverträge später aus.

[holz-tarifunde.de](http://holz-tarifunde.de)

## Mai-Demo für Solidarität, Vielfalt und Gerechtigkeit

Veranstaltungen zum 1. Mai – Gewerkschaften fordern Solidarität statt Spaltung

»Solidarität – Vielfalt – Gerechtigkeit«: Unter diesem Motto ruft der DGB die Mitglieder der Gewerkschaften in diesem Jahr zum 1. Mai auf. Die Gewerkschaften fordern von der neuen Großen Koalition, politisch die Weichen für Solidarität statt Spaltung und für mehr soziale Gerechtigkeit zu stellen, wie es im Koalitionsvertrag vereinbart ist.



Anstecker zum 1. Mai

Unsichere Arbeit und Niedriglöhne müssen eingedämmt, Tarifbindung und Mitbestimmung gesetzlich gestärkt werden. Die Transformation der Wirtschaft und die Digitalisierung darf nicht zulasten der Beschäftigten gehen. Arbeit soll besser mit Familie und Pflege vereinbar sein. Dazu fordern die Gewerkschaften Arbeitszeiten, die zum Leben passen, was die IG Metall in der

Metall-Tarifrunde zum gesellschaftlichen Thema gemacht hat.

**Wer wo spricht** Der Erste Vorsitzende der IG Metall, Jörg Hofmann, spricht bei der Kundgebung auf dem Königsplatz in Kassel. Die Zweite Vorsitzende, Christiane Benner, redet auf dem Heumarkt in Köln. Hauptkassierer Jürgen Kerner spricht auf dem Marienplatz in München, Wolfgang Lemb auf dem Hauptmarkt in Zwickau, Ralf Kutzner am Fischversandbahnhof in Cuxhaven, Irene Schulz am Brandenburger Tor in Berlin und Hans-Jürgen Urban auf dem Bert-Kaempfert-Platz in Hamburg.

Mehr zu den Veranstaltungen am 1. Mai:

[igmetall.de/erster-mai](http://igmetall.de/erster-mai)

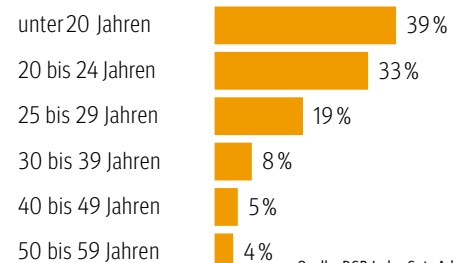
# 32 %

## Der kleine Unterschied

57 Prozent der Männer in Deutschland finden, dass die Geschlechter gleichberechtigt sind. Das ist das Ergebnis einer Umfrage des Instituts YouGov. Frauen sehen ihre Lage nicht so rosig. Nur 32 Prozent von ihnen sehen das auch so.

## Jung und unsicherer Job

Befristete Verträge haben von allen Beschäftigten im Alter von ...



Quelle: DGB-Index Gute Arbeit

# 3 Fragen an Wolfgang Lemb

**Klimaschutz** Die IG Metall findet, es müsste mehr in den Klimaschutz investiert werden.

**Die Regierung hat ihre Klimaziele für 2020 aufgegeben. Wird sie vom Motor zum Bremsen?**

**Wolfgang Lemb:** Das vielleicht nicht, aber in den letzten Jahren haben wir keine größere Emissionsminderung mehr erreicht. Wir treten klimapolitisch auf der Stelle. Emissionsminderungen in den einzelnen Sektoren sind aber möglich: durch konsequente Klimaschutzpolitik in Verbindung mit zukunftsorientierter Industriepolitik.

**Wie sähe die aus?**

**Lemb:** Mehr öffentliche Investitionen in eine klimagerechte Verkehrsinfrastruktur, also Ausbau der Schiene, mehr Tempo beim Ausbau der Erneuerbaren, der Stromnetze und beim Aufbau der Ladeinfrastruktur, damit E-Autos auch mit erneuerbarem Strom fahren können.

**Und was tut die IG Metall für den Klimaschutz?**

**Lemb:** Wir haben verschiedene Betriebsrätenetzwerke, zum Beispiel in der Wind- und in der Heizungsindustrie, die sich für die Energiewende starkmachen. In der Autoindustrie setzen Betriebsräte sich dafür ein, dass Elektroautos und andere klimafreundliche Antriebe nicht nur entwickelt, sondern auch in Deutschland gefertigt werden. Da geht es um Zukunftsstrategien für jeden einzelnen Standort. Das sind nur einige Beispiele. Nicht zuletzt spielt die Mitbestimmung in den Betrieben eine zentrale Rolle – auch beim Klimaschutz. Denn nur mit einer starken Mitbestimmung können wir den notwendigen Umbau der Industrie im Sinne der Beschäftigten gestalten.



Foto: Sven Ehlers

**Wolfgang Lemb ist im Vorstand der IG Metall für Energiepolitik zuständig.**



Foto: Alexander Limbach/stock.adobe.com

**Die DSGVO löst das bisher geltende europäische Datenschutzrecht aus dem Jahre 1995 ab.**

## Die **Datenschutz**-Grundverordnung

**Ab 25. Mai gilt die europäische Datenschutz-Grundverordnung.**

Die europäische Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) findet ab dem 25. Mai 2018 in allen Mitgliedsländern der Europäischen Union (EU) direkt Anwendung. Sie schafft erstmals europaweit einen einheitlichen Rechtsrahmen für den Datenschutz. Leider fehlen spezifische Vorschriften zum Beschäftigendatenschutz völlig; dessen Regelung überlässt die DSGVO den Mitgliedsstaaten.

Das mit der DSGVO geschaffene europäische Datenschutzrecht wird das bisher geltende Recht aus dem Jahre 1995 ablösen. Auf europäischer Ebene wird damit ein Datenschutzniveau erreicht, das in Deutschland schon weitgehend bisher galt. Darüber hinaus soll das Datenschutzrecht den Herausforderungen gerecht werden, die die zunehmende Digitalisierung und das Internetzeitalter mit sich bringen. Ob das gelingt, wird sich zeigen.

Die Verordnung regelt umfassend, wie Unternehmen und ein großer Teil der Behörden mit Daten umgehen dürfen, die sie von Personen digital oder in einem strukturierten Dateisystem in Papierform erheben, verwenden oder speichern. Sie legt Rechte fest und sieht Mechanismen vor, mit denen das Datenschutzrecht wirksam durchgesetzt werden soll.

Außerdem hatte der europäische Gesetzgeber bei der Vereinheitlichung des Datenschutzes Erleichterungen für Bürger, Unternehmen und

Behörden im Blick. Nicht zuletzt setzt die EU im globalen Maßstab ein starkes Signal für einen Datenschutz, der sich vor allem an den Interessen des Einzelnen orientiert. Die DSGVO gilt künftig nicht nur für europäische Unternehmen, sondern für alle Unternehmen, die Waren und Dienstleistungen in der EU anbieten. Damit muss etwa ein außereuropäischer App-Anbieter, der seine Dienstleistungen auch in deutscher Sprache anbietet, das europäische Datenschutzrecht beachten. Gleiches gilt für außereuropäische Unternehmen, die das Internetverhalten von Europäern beobachten und daraus Profile bilden.



### Mehr Wissen

In der nächsten metallzeitung erfährt Ihr, welche Rechte Ihr als IG Metall-Mitglied auf Auskunft habt. Im Mittelpunkt stehen die zu Eurer Person gespeicherten Daten, das Berichten falscher Angaben und die Löschung nicht mehr erforderlicher Daten – soweit diese Angaben nicht aufgrund gesetzlicher Vorschriften aufzubewahren sind.



# Gute Arbeit wird uns nicht geschenkt

**Handwerk** Beschäftigte im Handwerk mögen ihre Arbeit, weil sie oft vielseitig und selbstbestimmt ist. Aber sie ist oft auch schlecht bezahlt. Ralf Kutzner erklärt, warum Handwerker sich in der IG Metall engagieren sollten. **Interview: Sylvia Koppelberg**

**Ralf, eine DGB-Umfrage zeigt: 81 Prozent der Beschäftigten im Handwerk identifizieren sich sehr mit ihrer Arbeit. Aber nur zehn Prozent sagen, sie haben gute Arbeit. Wie passt das zusammen?**

**Ralf Kutzner:** Das ist kein Widerspruch. Die Arbeit selbst ist meistens interessant, abwechslungsreich und auch selbstbestimmt. Aber es fehlt die Wertschätzung. Die Arbeitsbedingungen sind oft schlechter als in der Industrie. Handwerker erhalten zudem im Durchschnitt fast 1000 Euro weniger Entgelt als alle Berufstätigen in der Gesamtwirtschaft. Auch qualifizierte Fachkräfte verdienen weniger als zum Beispiel ihre Kolleginnen und Kollegen in der Industrie. Das haben Wissenschaftlerinnen der Uni Göttingen gerade in einer Lohnstudie ermittelt.

**Ist das der Grund, warum gerade Handwerksfirmen jammern, dass sie keine Fachkräfte finden?**

**Kutzner:** Ja. Sie haben in der Tat Probleme. 2017 konnten 19 000 Ausbildungsplätze nicht besetzt werden. Von den jungen Leuten, die eine Ausbildung im Metall- und Elektrohandwerk absolvieren, wandert ein Drittel danach in die Industrie ab, ein weiteres Drittel wechselt in andere Sektoren oder an Schulen und Hochschulen. Das zeigt, dass das Handwerk den Wettbewerb um Fachkräfte zunehmend verliert. Die Entgelte und Arbeitsbedingungen müssen attraktiver werden. Nicht nur im Interesse der Beschäftigten, sondern auch der Betriebe.

**Warum sind sie eigentlich nicht so gut wie in anderen Branchen?**

**Kutzner:** Ein Grund ist, dass 70 Prozent der Betriebe nicht tarifgebunden sind. Noch weigert sich eine Reihe regionaler Handwerksverbände, Tarifverträge abzuschließen. Wir fordern vom Gesetzgeber, dass er Innungen den öffentlich-rechtlichen Status

## IG Metall und Handwerker

Rund 1,8 Millionen Frauen und Männer arbeiten in Handwerksbetrieben, für die die IG Metall zuständig ist. Dazu gehören zum Beispiel Kfz-Betriebe, Firmen für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik, Schlosserbetriebe, das Elektrohandwerk sowie Berufe wie Tischler und Zweiradmechatiker.

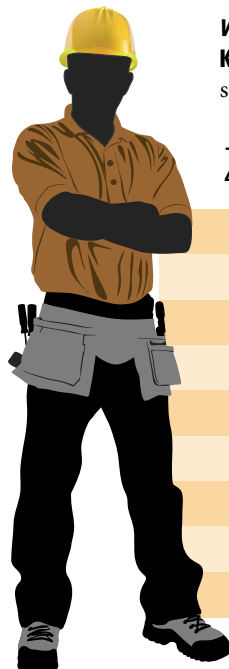


Illustration: Vectorig/iStock

entzieht, wenn sie sich Tarifverhandlungen verweigern, denn das gehört zu ihren Aufgaben. Wir stellen aber fest, dass sich die Stimmung bei den Verbänden und den Betriebsinhabern dreht. Allmählich wächst bei ihnen die Einsicht, dass man mit tariflosen Zuständen keine Fachkräfte gewinnt.

**Liegt das Problem denn bisher nur bei den Arbeitgebern?**

**Kutzner:** Nein. Es spielt auch eine Rolle, dass im Handwerk die Mitbestimmungskultur nicht sehr ausgeprägt ist. Es sind oft Kleinbetriebe ohne Betriebsräte. Und der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder ist niedriger als etwa in der Industrie. Letztlich sind wir – die IG Metall und ihre Mitglieder in den Betrieben – diejenigen, die die Tarifbindung durchsetzen müssen. Viele Mitglieder, Betriebsräte und Tarifbindung – dieser Dreiklang ist der Garant für gute Arbeitsbedingungen.

**Was tun?**

**Kutzner:** Wir wollen uns noch mehr anstrengen, Arbeitnehmerinnen und Arbeit-

nehmer im Handwerk davon zu überzeugen, in die IG Metall einzutreten, und sie dabei unterstützen, Betriebsräte zu gründen. Wichtig ist, Tarifverträge durchzusetzen. Wo wir Tarifverträge vereinbaren, steigen die Entgelte. Im Metallhandwerk in Niedersachsen haben wir zum Beispiel die tarifliche Altersversorgung über Tarifverträge verbessert. Es gibt viele positive Beispiele, die Mut machen. Daran müssen wir anknüpfen.

**Im Handwerk nehmen doch die großen Betriebe zu. Wird es dadurch für die IG Metall leichter, Tarifverträge durchzusetzen?**

**Kutzner:** Wir erleben im Handwerk tatsächlich gerade starke Konzentrationsprozesse. Kleine Betriebe werden kleiner und weniger, große größer. Wir haben es immer öfter mit Handwerkskonzernen zu tun, die – auf viele Einzelstandorte verteilt – teilweise mehr als 10 000 Beschäftigte haben. Technologische Veränderungen, wie die Digitalisierung, werden den Trend zu größeren Betrieben noch beschleunigen.

## Zahlen und Fakten aus dem Handwerk

- 12,5** Prozent aller Erwerbstätigen (5,5 Millionen Menschen) arbeiten im Handwerk.
- 29** Prozent arbeiteten 2015 in Kleinbetrieben mit maximal 9 Beschäftigten.
- 32** Prozent arbeiteten 2015 in Betrieben mit mehr als 50 Beschäftigten.
- 27,4** Prozent aller Azubis machen eine Ausbildung im Handwerk.
- 3217** Euro verdient ein Handwerker im Durchschnitt, das ist ...
- 963** Euro weniger als in anderen Wirtschaftsbereichen.
- 81** Prozent der Handwerker identifizieren sich stark mit ihrer Arbeit, aber ...
- 53** Prozent meinen, dass das Arbeitsentgelt ihrer Leistung nicht gerecht wird.
- 70** Prozent der Handwerker arbeiten in Betrieben, die nicht tarifgebunden sind.







Foto: Frank Rumpenhorst

Ralf Kutzner ist im Vorstand der IG Metall für Handwerk, Klein- und Mittelbetriebe zuständig.

## Höhere Löhne statt Abwärtsspirale

Europa braucht mehr Gemeinsamkeiten auch bei den Einkommen, sagt IG Metall-Vorstandsmitglied Lemb.

Das Lohnniveau in Europa ist extrem uneinheitlich. In Ost- und Südeuropa verdienen Beschäftigte erheblich weniger als in Nord- und Westeuropa. Nicht überall, wo es einen Mindestlohn gibt, reicht er zum Leben. Arbeitnehmer müssen vermehrt Kredite aufnehmen, allein um die laufenden Lebenshaltungskosten abzudecken. Es gibt in vielen Ländern Europas keine Sozialpartnerschaft, das System von Tarifverträgen ist schwach entwickelt. Immer mehr Arbeitnehmer in der Europäischen Union werden abgehängt. 2015 lebten in den 28 Mitgliedsstaaten fast zehn Prozent der Beschäftigten an der Armutsgrenze, mit steigender Tendenz.

Um dem entgegenzuwirken, hat der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) die Kampagne für höhere Löhne (Pay Rise) initiiert. Ihr Ziel ist die schrittweise Angleichung der Löhne, die Stärkung des Tarifsystems in Europa und die Beseitigung von tariflichen Ungleichgewichten. Beschäftigte in Europa werden am 1. Mai auch für dieses Anliegen auf die Straße gehen. Die öffentlichkeitswirksame Kampagne läuft noch bis Mitte 2018 und nimmt die Unternehmen in die Pflicht. Denn obwohl die Produktivität in Europa steigt, gehen die Gewinne in erster Linie an die Anteilseigner, während die Arbeitnehmer von Lohn- und Sozialdumping bedroht sind.

»Europa braucht mehr Dynamik bei der Einkommensentwicklung statt wachsende Niedriglohnkonkurrenz. Deshalb rauf mit den Löhnen!«, fordert IG Metall-Vorstandsmitglied Wolfgang Lemb. Lohn-erhöhungen sind eine Voraussetzung für die Stärkung der Kaufkraft und damit der Binnennachfrage. Das hilft den süd- und osteuropäischen Mitgliedsstaaten in der wirtschaftlichen Entwicklung. Gleichzeitig kann damit die Einkommensungleichheit zwischen den Mitgliedsstaaten gemildert werden.



Logo: etuc.org

Aber auch in ihnen fallen Tarifverträge und eine Mitbestimmungskultur nicht vom Himmel. Den Beschäftigten wird nichts geschenkt. Gute Arbeit müssen sie sich erkämpfen. Das gelingt nur, wenn wir Druckpotenzial aufbauen können. Dazu müssen wir stark sein.

### Du sprichst die Digitalisierung an. Ist sie im Handwerk schon ein Thema?

**Kutzner:** Absolut. Das Handwerk ist da schon weit vorn. Elektriker haben zum Beispiel digital ausgerüstete Werkzeugkästen. Mechatroniker in Kfz-Werkstätten arbeiten mit digitalen Assistenzsystemen. In der Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik stehen mit der digitalen Vernetzung elektrischer Anlagen, wie Beleuchtung und Heizungen, große Veränderungen bevor. Wohin die Reise noch geht, kann niemand vorhersagen.

### Müssen die Beschäftigten Angst vor der Digitalisierung haben?

**Kutzner:** Das müssen sie nicht, wenn wir sie mitgestalten. Wenn wir sie den Arbeitgebern überlassen, besteht die Gefahr, dass viele ihre Arbeitsplätze verlieren und nicht für neue qualifiziert werden. Wir müssen dafür sorgen, dass alle an Qualifizierungen teilhaben können und Chancen auf berufliche Entwicklung haben. Auch dazu brauchen wir starke Betriebsräte und Tarifverträge. Was wir bei der Digitalisierung auf gar keinen Fall brauchen, ist mehr Arbeitsdruck auf die Beschäftigten durch ein aufgeweichtes Arbeitszeitgesetz und Abschaffung der täglichen Höchstarbeitszeit, wie es Handwerkspräsident Hans Peter Wollseifer gerade fordert.

Lesetipp: »Lohnstrukturen im Handwerk«, eine Studie der Uni Göttingen im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung:

boeckler.de → Suche: Lohnstrukturen

## Opel soll handeln statt drohen

»Pacta sunt servanda.« Der lateinische Satz, auf Deutsch: Verträge sind einzuhalten, steht für den wichtigsten Grundsatz im privaten und öffentlichen Recht: die Vertragstreue. Dieses Prinzip zu missachten wirft die IG Metall dem Chef von Opel Automobile Michael Lohscheller vor. Jahrelang hatten die Belegschaften an allen drei Standorten auf Entgelt verzichtet. Im Gegenzug hatte Opel, seit 2017 Tochter des französischen Konzerns PSA, sich verpflichtet, Konzepte zu entwickeln, um alle Standorte mindestens bis 2020 auszulasten.

In den vergangenen Wochen hat die IG Metall wieder mit dem Management verhandelt, um die Standorte zu sichern – über 2020 hinaus. Doch statt die bisherigen Zusagen umzusetzen, forderte Lohscheller neue Zugeständnisse: Die Beschäftigten sollten auf die Tarifierhöhung von 4,3 Prozent und übertarifliche Zulagen verzichten. Als die IG Metall das ablehnte, legte Lohscheller Investitionszusagen für Eisenach auf Eis. Im Sanierungsplan »Pace« hatte Opel 2017 zugesichert, in Eisenach in neue Anlagen für Geländewagen mit Elektroantrieb zu investieren. Ohne die Investitionen blicken 1800 Beschäftigte einer unsicheren Zukunft entgegen.

»Es gibt keinen Grund für die Belegschaften, erneut Zugeständnisse zu machen«, sagte der IG Metall-Vorsitzende Jörg Hofmann. PSA solle endlich ein tragfähiges Geschäftsmodell auf den Tisch legen.

Aktuelle Informationen:

igmetall.de

→ Suche: Opel

## Neue Entsenderichtlinie

Mit der Neufassung der Entsenderichtlinie wird sich die Lage von entsandten Arbeitnehmern entscheidend verbessern. Nach dem Prinzip »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort« sollen entsandte EU-Arbeitnehmer künftig auch Tarifleistungen und Extras bekommen. Missbrauch und Lohndumping wird durch die neue Entsenderichtlinie, die im Juni noch durch das EU-Parlament muss, ein Riegel vorgeschoben. In Zukunft sollen Arbeitnehmer nur für 18 Monate entsendet werden können. Danach erfolgt ein Wechsel in das Sozialsystem des jeweiligen Gastlands. Bisher gilt, dass Arbeitnehmer den Mindestlohn des Gastlands bekommen, nicht jedoch den geltenden Tariflohn.

Der beste Schutz  
gegen Arbeits-  
losigkeit ist  
Qualifizierung.

Foto: Claudia Paulussen/fotolia.de



# Sozialer Arbeitsmarkt: Was er bringt, wem er nutzt

**Arbeitslosigkeit** Mit staatlichen Zuschüssen wollen Union und SPD Langzeitarbeitslose in Beschäftigung bringen. Die Idee bietet Chancen – aber nur, wenn einige Bedingungen eingehalten werden. **Von Simon Che Berberich**

Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) hat die Latte hoch gelegt. Er will bis zum Sommer ein Problem anpacken, das seit Jahren und Jahrzehnten auf eine Lösung wartet: die Langzeitarbeitslosigkeit.

Zwar ist die Lage auf dem Arbeitsmarkt derzeit entspannt wie lange nicht. Die Arbeitslosenquote sinkt ständig, die Arbeitsagentur meldete für März fast 800 000 offene Stellen. Trotzdem gibt es immer noch 845 000 Langzeitarbeitslose, von denen der Großteil im Hartz-IV-System steckt. Häufige Folge: sozialer Abstieg, ein Gefühl des Nicht-gebraucht-Werdens.

Richten soll es nun eine Arbeitsmarktoffensive. Die neue Regierung hat sich im Koalitionsvertrag verordnet: »Wir bekennen uns zum Ziel der Vollbeschäftigung. Dazu gehört auch, dass Menschen, die schon sehr lange arbeitslos sind, wieder eine Perspektive auf dem Arbeitsmarkt eröffnet wird.«

**Zuschüsse** Ein konkretes Konzept gibt es noch nicht. Aber die Eckpunkte sind klar: Zum einen sollen Betreuung und Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen verbessert werden. Bis zu 150 000 Langzeitarbeitslose sollen durch Lohnzuschüsse

entweder auf dem ersten Arbeitsmarkt unterkommen oder auf dem sozialen Arbeitsmarkt. Rund vier Milliarden Euro stehen dafür bis 2021 zur Verfügung. Die Jobs des sozialen Arbeitsmarkts sollen bei gemeinnützigen Einrichtungen, Kommunen und in der freien Wirtschaft entstehen. Ihre Bezahlung – in Form eines staatlichen Zuschusses – orientiert sich am Mindestlohn.

»Es ist längst überfällig, dass sich die Politik der Langzeitarbeitslosigkeit stärker annimmt«, sagt Hans-Jürgen Urban, der im IG Metall-Vorstand für Arbeitsmarktpolitik zuständig ist. »Wir Gewerkschaft-

## Grundeinkommen: Was ist was?

Der soziale Arbeitsmarkt darf nicht mit den verschiedenen Vorschlägen zum Grundeinkommen verwechselt werden.

■ Beim **bedingungslosen Grundeinkommen** erhält jeder Mensch jeden Monat einen festen Geldbetrag vom Staat. Es müssen weder Formulare eingereicht noch irgendwelche Voraussetzungen erfüllt werden. Befürworter erhoffen sich von dem Grundeinkommen mehr Selbstbe-

stimmung und soziale Sicherheit. Wirtschaftsvertreter wollen damit den Sozialstaat ersetzen.

■ Aus gewerkschaftlicher Sicht ist das bedingungslose Grundeinkommen höchst problematisch: Es schwächt die Position vieler Beschäftigter, weil Arbeitgeber mit Verweis auf das Grundeinkommen Forderungen nach mehr Lohn und besseren Arbeitsbedingungen abschmettern könnten.

Als Ersatz für den Sozialstaat würde das Grundeinkommen Ungerechtigkeit verstärken, weil der konkrete Bedarf der Menschen ignoriert wird und jeder einfach das Gleiche erhält.

■ Die Idee des **solidarischen Grundeinkommens** wurde durch Berlins Regierenden Bürgermeister Michael Müller (SPD) bekannt und in den vergangenen Wochen heftig diskutiert.

■ Mit dem solidarischen Grundeinkommen sollen Beziehler von Arbeitslosengeld II (Hartz IV) wieder in Arbeit gebracht werden. Sie würden bei kommunalen oder landeseigenen Unternehmen unbefristet angestellt. Der staatlich finanzierte Lohn soll dabei möglichst mit Tarifverträgen abgesichert sein. Die Bezahlung soll mindestens auf dem Niveau des Mindestlohns liegen.



ten fordern seit Langem, dabei auch auf öffentlich geförderte Beschäftigung zu setzen. Entscheidend ist aber, wie diese konkret umgesetzt wird.«

Zunächst muss klar sein, für wen der soziale Arbeitsmarkt überhaupt infrage kommt und bei wem man eher auf Qualifizierung setzen sollte. Eine Lehre machen, eine Sprache lernen, einen IT-Kurs belegen – alles, was dem Wiedereinstieg in den regulären Arbeitsmarkt dient, sollte Vorrang haben. Ein sozialer Arbeitsmarkt, bei dem Menschen in mehr oder weniger aussichtslosen Jobs geparkt werden, hätte seinen Namen nicht verdient.

Klar ist aber auch: Manche Menschen schaffen die Qualifizierung nicht. Sie scheitern immer wieder an den Anforderungen des modernen Arbeitsmarkts. Sei es, weil sie mit gesundheitlichen Problemen kämpfen. Sei es, weil es in ihrer Region schlicht keine geeigneten Jobangebote gibt und sie wegen Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen auch nicht einfach umziehen können. Für sie könnte öffentlich geförderte Arbeit ein sinnvolles Angebot sein. Aber nur dann, wenn bestimmte Regeln gelten.

**Außer Konkurrenz** Ganz wichtig: Geförderte Arbeit darf reguläre Arbeit nicht verdrängen. Es sollten nur solche Tätigkeiten gefördert werden, die zusätzlich zum normalen Arbeitsmarkt entstehen. Hier steckt der Teufel im Detail. Denn woher sollen die Beamten im Bundesarbeitsministerium wissen, ob neu geschaffene und geförderte Jobs Betrieben vor Ort Konkurrenz machen oder nicht? Diese Frage lässt sich nur in den Regionen klären. Am besten mit Beteiligung von Gewerkschaften und Unternehmen. Sie kennen die lokalen Arbeitsmärkte und Betriebe am besten.

Um fair mit den Betroffenen umzugehen, sollten staatlich geförderte Arbeitsplätze tariflich oder zumindest ortsüblich bezahlt werden. Der Staat würde sonst Billigkonkurrenz fördern. Außerdem müssen die öffentlichen Jobs sozialversicherungspflichtig sein. Wenn diese Bedingungen erfüllt sind, kann der soziale Arbeitsmarkt zum Erfolg werden und vielen Menschen neben Arbeit auch ein Stück Würde zurückgeben.

Doch natürlich sind auch dann längst nicht alle Probleme des Hartz-IV-Systems gelöst: »Bestimmte Kritikpunkte an Hartz IV bleiben bestehen«, sagt Urban. »So sind die Regelsätze zu niedrig und gerade auch die Zumutbarkeitsregeln und die Sanktionen gehören dringend reformiert.« Es gibt also genug zu tun für Arbeitsminister Heil.

## 25 Jahre Anschlag von Solingen

**Zum Jahrestag des Brandanschlags setzt sich die IG Metall dafür ein, Rassismus und rechter Gewalt in Deutschland entschlossen entgegenzutreten.**

Beim Brandanschlag von Solingen wurden fünf Menschen getötet, darunter drei Kinder. Die furchtbare Tat jährt sich zum 25. Mal. Am Morgen des 29. Mai 1993 brannte das Haus der türkischstämmigen Familie Genc. Der Anschlag, eine der folgenschwersten rassistischen Taten in der Bundesrepublik, rüttelte damals die Öffentlichkeit auf. Solingen wurde zum Symbol für Fremdenhass und militante Ausländerfeindlichkeit.

Der Betriebsrat Abdullah Yilmaz vom Stahlunternehmen Vallourec in Reisholz ist einer der Initiatoren der Gedenkveranstaltung zu 25 Jahre Solingen am 29. Mai in Düsseldorf. Er erklärt, warum er das macht. »Damals wurden hilflose Menschen ermordet. Das hat mich entsetzt. Deshalb bin ich aktiv geworden.« Yilmaz beobachtet mit Schrecken, dass rechte Gesinnung wieder salonfähig ist. Rassisten stellen sich gegen kulturelle Vielfalt. Fundamentalisten schüren Angst. Es gibt Anschläge auf Unterkünfte von Geflüchteten, Moscheen und Synagogen.

Deshalb erinnert die IG Metall zusammen mit anderen gesellschaftlichen Organisationen zum Jahrestag des Brandanschlags an die Opfer von Solingen. Sie stellt das Thema Rassismus und rechte Gewalt zur Diskussion und bezieht Position. Mit Vereinen, Initiativen und Bürgern fordert die IG Metall öffentlich dazu auf, sich noch stärker für ein respektvolles und solidarisches Miteinander zu engagieren. Eine starke und stabile Demokratie ist auf ein starkes Engagement von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Bürgern angewiesen.

»Es geht auch darum, das Vertrauen von Bürgern mit Migrationshintergrund in die demokratischen Institutionen nach Solingen und den NSU-Morden wieder herzustellen«, sagt Betriebsrat Yilmaz. Er diskutiert das Thema mit Beschäftigten in seinem Betrieb und klärt sie auf. »Es geht uns darum, dass Menschen überall ohne Angst leben können.«

[igmetall.de/aktiv-gegen-rechts](https://www.igmetall.de/aktiv-gegen-rechts)

**Mahnmal in Solingen: Die Erinnerung an den Brandanschlag ist noch sehr präsent.**



Foto: Deutzmann/Eibner/pa

### Metallhandwerk zahlt mehr in die Rente ein

Das Metallhandwerk Niedersachsen zahlt Beschäftigten ab 50 Jahren zusätzlich 50 Euro monatlich in die Rentenkasse. Das hat die IG Metall in Tarifverhandlungen erreicht. Dadurch können Beschäftigte früher ohne Abschläge in Rente. Die Arbeitgeber teilen die

Auffassung der IG Metall, dass ihre Beschäftigten nicht bis 67 Jahre arbeiten können. Außerdem gibt es 3,2 Prozent mehr Geld, für Auszubildende bis zu 12 Prozent und mehr Selbstbestimmung bei der Arbeitszeit.

[igmetall.de](https://www.igmetall.de) → Tarif

# Warum es sich **lohnt**, in **Bildung** zu investieren

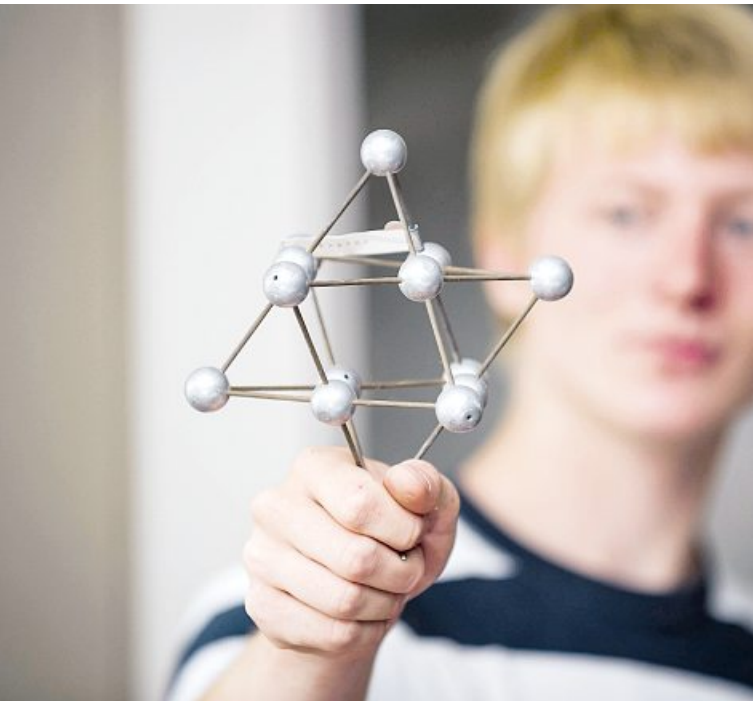


Foto: Andreas Parek/pa

**Bildungsgerechtigkeit** Das Versprechen vom Aufstieg durch Bildung bleibt gerade für Kinder aus bildungsfernen Familien oft uneingelöst. Noch immer hängt der Schulerfolg viel zu stark von Bildungsniveau und Einkommen der Eltern ab. Dazu verfestigt sich die anfängliche Ungleichheit auf dem Lebensweg weiter. Die IG Metall macht sich für ein Bildungssystem stark, das den Menschen so lange wie möglich alle Wege offenlässt. Ein freier Zugang zu Bildung und Weiterbildung ist von entscheidender Bedeutung.

Von Jan Chaberny, Jens Knüttel und Sylvia Koppelberg



Foto: Armin Weigel dpa/lby/pa

**D**och, natürlich gibt es auch das: funkelnde Geschichten von Menschen, die, wie man gerne sagt, aus einfachen Verhältnissen stammen, aber trotzdem ihren Weg gemacht haben. Unauffällig sind sie die Bildungsleiter hochgeklettert, Sprosse für Sprosse, haben Karriere gemacht, immer weiter, immer mehr, bis sie oben angekommen sind. Plötzlich ist aus dem kleinen Jungen, der in einem Heim aufgewachsen ist, der mächtige Betriebsratsvorsitzende von Porsche geworden, aus dem Sohn eines Tischlers der derzeitige Bundespräsident. Und das kleine Mädchen, dessen Eltern einst als Handwerker aus der Türkei nach Deutschland kamen, moderiert heute die Tagesthemen.

Natürlich gibt es diese Menschen. Natürlich gibt es solche Aufstiegs geschichten. Das Problem ist nur: Sie erzählen nichts über die Wirklichkeit. Die wird in diesem kalten, nüchternen Satz beschrieben: Kaum etwas beeinflusst den Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen in Deutschland so stark wie ihre soziale Herkunft. Was der Satz bedeutet? Er bedeutet schlicht und einfach und ungerecht, dass der Erfolg eben nicht allein vom Einzelnen abhängt, davon, ob er oder sie

sich genug anstrengt, sondern zu einem Gutteil von Faktoren, die man selbst nicht beeinflussen kann: das Einkommen und das Bildungsniveau der Eltern. Die Wahrscheinlichkeit zum Beispiel, dass Schüler aus bildungsfernen Familien – bei gleicher Intelligenz – ein Gymnasium besuchen, ist hierzulande ungleich geringer als bei Akademikerkindern.

**Familiäre Unterstützung fehlt** Kinder von Maurern und Kassiererinnen machen nicht nur seltener Abitur, sie erhalten auch schlechtere Noten als der Nachwuchs von Rechtsanwälten, Ärzten oder Lehrern. Migrantenkinder werden im deutschen Bildungssystem oft doppelt benachteiligt. Zum einen fehlt ihnen,

wie den deutschen Kindern aus bildungsfernen Familien, oft familiäre Unterstützung. Zum anderen führen mangelnde Sprachkenntnisse eben häufig auch dazu, weiterführende Bildungsangebote nicht nutzen zu können.

Sehr früh, das zeigen internationale Vergleichsstudien seit Jahren, werden in Deutschland die Weichen gestellt – und die anfängliche Ungleichheit verstärkt und verfestigt sich im weiteren Lebensweg. Denn was in der Schule beginnt, setzt sich etwa an der Universität dramatisch fort: Laut einer aktuellen Studie, dem »Hochschul-Bildungsreport« von 2017, beginnen 74 Prozent der Akademikerkinder ein Studium, hingegen

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19 20 21 22 23 24 25 26 27 28 29 30 31 32 33 34 35 36 37 38 39 40 41 42 43 44 45 46 47 48 49 50 51 52 53 54 55 56 57 58 59 60 61 62 63 64 65 66 67 68 69 70 71 72 73 74 75 76 77 78 79 80 81 82 83 84 85 86 87 88 89 90 91 92 93 94 95 96 97 98 99 100

<=>? [±±±±± √f=:] <±+. =; -> ±-±±±± %! ; ±: . <>? f√f±±±±± ±±±±± {, +±±±±? >±+, %! ≈f+√f±±±±; √±-±±±±} -+, ?><; √f±±±±± ±±±±± ><.: /! # % + + <=>? [±±±±±



In den Schulen, an den Hochschulen und natürlich auch im Betrieb sind mehr Anstrengungen für Chancengerechtigkeit notwendig.

Foto: Andreas Patek/pa



Foto: Uwe Voelkner/Fotoagentur FOX/pa

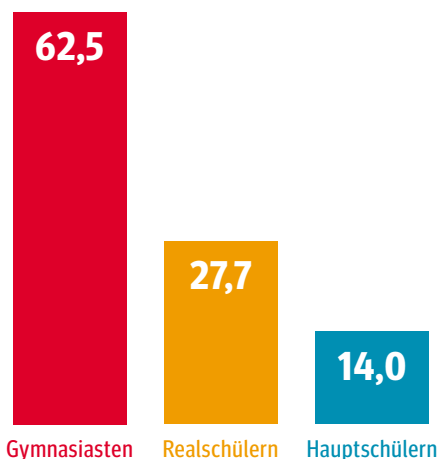
nur 21 Prozent der Kinder aus nicht-akademischen Familien. Auch in der Arbeitswelt sind Bildungschancen ungerecht verteilt. Die meisten Angebote für eine Weiterbildung bekommen gut qualifizierte Beschäftigte, sie werden Akademikern, Fach- und Führungskräften gemacht.

**Bildungsreformdebatte anstoßen** Frühkindliche Bildung, Schule, Ausbildung, Studium, Weiterbildung. All diese Stationen prägen den Werdegang eines Menschen. An ihnen entscheidet sich, welche Berufschancen jemand hat, wie groß die Karrierechancen sind, wie viel Geld verdient werden kann. Diese Faktoren haben direkten Einfluss auf die Gesundheit, letztlich auf die Lebenserwartung. Menschen mit ungünstigen wirtschaftlichen Lebensbedingungen, wie etwa eine Arbeit als Geringqualifizierter oder ein niedriges Bildungsniveau, leben im Schnitt 25 Monate kürzer als Menschen mit guten Voraussetzungen.

Wie groß die Chancen auf ein gesundes, gutes Leben sind, hängt zu einem Großteil auch davon ab, wie gerecht oder ungerecht Chancen verteilt werden. Die Frage ist, wie es gelingen kann, dass Bildungskarrieren nicht von der sozialen Herkunft abhängen.

### Schulbildung hängt vom Elternhaus ab

(Fach-)Abitur hatten 2014 so viel Prozent der Eltern von ...



Quelle: KfW Research

»Wir brauchen eine Bildungsreformdebatte in Deutschland«, sagt Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall. »Es wird darum gehen, die Teilhabe und Chancen auf Bildung für alle Menschen zu verbessern.«

Damit dies gelingen kann, sind Anstrengungen auf allen Ebenen nötig: in der Schule, in den Berufsschulen, an den Hochschulen – und natürlich auch im Betrieb.

Zunächst einmal und ganz prinzipiell, geht es darum, den fortschreitenden Verfall von Schulgebäuden und Bildungsstätten zu stoppen. Marode Gebäude, unzumutbare sanitäre Anlagen, mangelnde technische Ausstattung – an vielen Schulen und Berufsschulen sieht es trist aus: Der Sanierungsstau, den die Kreditanstalt für Wiederaufbau für allgemeinbildende und berufliche Schulen auf 34 Milliarden Euro beziffert, verdeutlicht die Misere. Die IG Metall sieht hier dringenden Handlungsbedarf: Nötig ist ein Investitionsprogramm von Bund und Ländern. Für dessen Finanzierung müssen Vermögende und Unternehmen einen gerechten Beitrag leisten. Denn nur eine solidarische Umverteilung kann letztlich für alle die gleichen Chancen zur gesellschaftlichen Teilhabe ermöglichen.



Foto: Daniel Ingold/jpa

**Die Digitalisierung in den Betrieben nimmt zu. Alle Beschäftigten müssen die Chance haben, sich durch Weiterbildung zu rüsten.**



Foto: Fotoagentur Westend62/jpa

Eine gute Ausstattung allein schafft noch keine Bildungsgerechtigkeit. Elementar ist, dass in allen Bereichen des öffentlichen Lernens der zunehmenden Ungleichheit entgegengewirkt wird. Ein modernes Schulsystem muss deshalb längeres gemeinsames Lernen ermöglichen und den Lernerfolg aller Schüler im Blick haben. Das Rad braucht dafür nicht neu erfunden werden, nötig aber sind gezielte Unterstützung und Förderung.

**Freier Zugang zu Bildung** In Duisburg etwa unterstützen Sozialarbeiter Pädagogen in Schulen in schwierigem Umfeld oder mit hohem Migrantenanteil. Es werden kleinere Klassen gebildet oder besondere Lernmittel eingesetzt. Außerdem bietet die Stadt an den Schulen Ganztags-, beziehungsweise Nachmittagsangebote mit pädagogischen Inhalten an. Die Teilnahme hieran ist allerdings freiwillig. »Schulen sind immer ein Spiegel ihres sozialen Umfelds«, sagt Reinhard Wolf vom Amt für Schulische Bildung in Duisburg. »Der Lernerfolg hängt immer auch mit vom Elternhaus ab, da unterscheidet sich Duisburg nicht von anderen Kommunen im Land.«

Ganz egal aber, ob Schüler, Auszubildender, Berufstätiger oder Student: Ein offener und freier Zugang zu Bildung und Weiterbildung ist eine gesellschaftliche Aufgabe, die von entscheidender Bedeutung ist. Die IG Metall fordert ein Bildungssystem, das den Menschen so lange wie möglich alle Wege offenhält, das durchlässiger wird und das mehr Qualität bietet. Genau aus diesem Grund muss eine höhere Qualität das Ziel der anstehenden Reform des Berufsbildungsgesetzes sein. Das Gesetz regelt in Deutschland die Berufsausbildung, Fortbildung und berufliche Umschulung. Entscheidend sind für die IG Metall Lehr- und Lernmittelfrei-

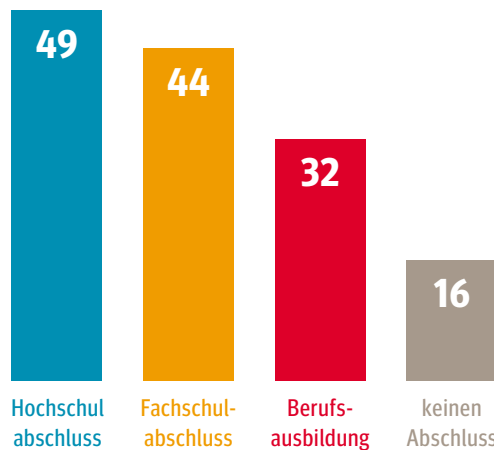


Foto: Waltraud Grubitzsch/jpa

**Laut Studien beginnen deutlich mehr Akademikerkinder ein Studium als Kinder aus nicht-akademischen Familien.**

### Je höher der Abschluss, desto mehr Weiterbildung

Von allen Erwerbstätigen zwischen 18 und 64 Jahren, die sich 2015 beruflich weitergebildet haben, hatten so viel Prozent...



Quelle: KfW Research

heit, Qualifizierung des Ausbildungspersonals und klare, verbindliche Standards.

**Zu wenig Lehrkräfte** Denn beim Substanzverfall hören die Probleme beispielsweise an den Berufsschulen längst nicht auf. Das erfährt auch Fabian Ferber von der IG Metall Märkischer Kreis immer wieder in Gesprächen. Auszubildende berichten von Lehrkräften ohne pädagogische Ausbildung und massivem Unterrichtsausfall. Eine aktuelle Studie legt dar, dass die berufsbildenden Schulen bis 2025 knapp 22 000 zusätzliche Lehrkräfte benötigen. Schon heute beklagen Schulleiter vielerorts einen akuten Personalmangel.

»Die Berufsschule ist viel zu lange stiefmütterlich behandelt worden«, sagt Jugendsekretär Ferber. Um die Qualität in der Ausbildung nachhaltig zu sichern, braucht es genug engagierte und gut ausgebildete Lehrer, die die Auszubildenden auch auf die Digitalisierung und den Wandel der Arbeitswelt, der mit ihr verbunden ist, vorbereiten können. Studiengänge für angehende Berufsschullehrer müssen attraktiver und



praxisgerechter gestaltet werden. Dabei müssen die Gewerkschaften als Experten der Arbeitswelt beteiligt werden. Ein stärkerer Fokus auf Lernbegleitung und Medienkompetenz ist unerlässlich. Jugendsekretär Ferber betont: »Wenn der Mensch mit dem Wandel durch Digitalisierung Schritt halten soll, müssen die Berufsschulen der Schrittmacher sein.«

Wie das funktionieren kann, zeigt sich an der Carl-Benz-Schule im baden-württembergischen Gaggenau. Dort lernen Auszubildende in einer modernen Lernfabrik die für Industrie 4.0 typische dezentrale Prozesssteuerung am Beispiel der Handyschalensproduktion. Die Lehrer stimmen den Unterricht auf die technische Entwicklung ab. Claudia Peter, Geschäftsführerin der IG Metall in Gaggenau, sagt: »Die Lernfabrik ist ein Erfolgsmodell. Das innovative Konzept gibt starke Impulse zur Qualitätssicherung der dualen Ausbildung.«

**Förderung im Betrieb** Es kann viel getan werden, um Bildungschancen zu erhöhen. Und es wird einiges getan. In den Pfalz-Flugzeugwerken in Speyer (PFW) zum Beispiel. Dort, in der Ausbildungswerkstatt, hängt eine Urkunde. Sie gehört einem jungen Facharbeiter, der bei PFW eine Ausbildung zum Maschinen- und Anlagenführer gemacht und die Abschlussprüfung als deutschlandweit Bester seines Jahrgangs abgeschlossen hat. Dabei hatte die Perspektive des jungen Mannes nach der Schule noch ganz anders ausgesehen: arbeitslos, Hartz IV – ein Lebensweg wie in Beton gegossen. Dass es anders kam, ist einem besonderen Förderprojekt zu verdanken.

Im Flugzeugwerk werden jedes Jahr 14 Jugendliche ausgebildet, die keinen oder einen schlechten Schulabschluss haben. Es sind junge Menschen, deren Familie von staatlicher Unterstützung lebt. Manche müssen sich erst an Regeln gewöhnen, zum Beispiel zu einer bestimmten Zeit aufzustehen. Sie müssen lernen, dass zum Berufsleben ein bestimmter Tagesrhythmus gehört. Und soziales Verhalten, zum Beispiel, dass Konflikte sachlich gelöst werden können. Die Jugendlichen absolvieren eine normale Ausbildung. Aber ihnen stehen eine Sozialpädagogin und engagierte Ausbilder von PFW zur Seite, die sich intensiv um sie kümmern und sie in Themen, in denen sie schwächer als andere Azubis sind, stärker fördern. Finanziert wird das Projekt von der Arbeitsagentur.

Wer Unterstützung braucht, findet sie auch in der »Assistierte Ausbildung« und den »ausbildungsbegleitenden Hilfen« der Arbeitsagenturen. So bekommen mehr Betriebe die Möglichkeit, Jugendlichen mit Förderbedarf eine Chance zu geben. Die



Foto: Diana Eich/PORTRAITAJU Ltd.

**Rolf Dobischat ist Professor für Bildungswissenschaften am Institut Berufs- und Weiterbildung der Universität Duisburg.**

IG Metall hat sich in der Allianz für Aus- und Weiterbildung für die Unterstützungsmöglichkeiten starkgemacht.

Und Förderung lohnt sich. Nur sehr wenige Jugendliche verlassen das Programm der Pfalz-Flugzeugwerke. Aber die, die bleiben, schaffen die Ausbildung so gut wie immer. Und finden danach Arbeit. Nicht immer sofort als Festangestellte bei PFW. Aber viele nach ein paar Jahren. »Sie bilden das Rückgrat unserer Fertigung. Es sind prima Handwerker«, sagt Werner Rieder, der Betriebsratsvorsitzende von PFW. Im Flugzeugwerk in Speyer gab es schon immer Förderprogramme für Lernschwache und Arbeitslose. Rieder ist fest überzeugt: »Jeder kann gute Facharbeit lernen – wenn man ihn fördert.«

**Eltern Akademiker  
=  
Kinder Akademiker**

Soviel Prozent der Grundschulkinder beginnen später ein Studium:



**Eltern keine Akademiker**

Quelle: Hochschul-Bildungs-Report, Jahresbericht 2017/18

## Lernen gegen den Abstieg

**Warum bilden sich Menschen mit höheren Bildungsabschlüssen häufiger weiter als mit niedrigeren?**

**Rolf Dobischat:** Ein wesentlicher Grund sind die Arbeitsstrukturen, in denen bestimmte Beschäftigtengruppen arbeiten. Monotone Routinearbeiten etwa am Fließband regen nicht zum Lernen an. Im Gegenteil: Sie schaffen eher Distanz zum Lernen.

**Fällt Lernen den einen leichter als den anderen?**

**Dobischat:** Wer schon in der Schule Misserfolge erlebt hat, dem fällt Lernen schwerer. Hinzu kommt, dass Weiterbildung, auch betriebliche, meist vorstrukturiert und abstrakt ist. Das macht es für Menschen, die mit Lernen eher Misserfolge verbinden, oft schwer. Wenn sie etwa eine Computersprache lernen sollen, obwohl an ihrem Arbeitsplatz seit 20 Jahren kein Computer stand und erst demnächst einer eingerichtet werden soll. Sie strengen sich an und kommen damit oft nicht weiter. Das bestätigt nur ihre Selbsteinschätzung, dass sie es einfach nicht können.

**Warum fehlt Menschen die Erfahrung, dass Lernen einfach Spaß machen kann?**

**Dobischat:** Das dreigliedrige Schulsystem ist anachronistisch. Zwar reden alle vom Fördern, aber es ist und bleibt ein selektives System. Wer die Anforderungen nicht erfüllt, wird aussortiert. Dabei spielt es keine Rolle, ob es dafür Gründe gab, die Eltern nicht helfen konnten und kein Geld für Nachhilfe hatten. Für diejenigen, die bis zum Abitur und Hochschulabschluss kommen, ist alles gut. Wer aber an einer Stelle scheitert, hat oft das Gefühl: Für mehr reicht es bei mir nicht. Das motiviert nicht, lebenslang zu lernen.

**Ist lebenslanges Lernen nicht nur ein Schlagwort?**

**Dobischat:** Im Gegenteil: Es bekommt mehr Bedeutung. Früher bildeten sich Beschäftigte fort, um aufzusteigen. Inzwischen ist ständige Weiterbildung eine wichtige Voraussetzung, um nicht abzustiegen. Dafür sprechen alle Statistiken.

**Welche Zahlen meinen Sie?**

**Dobischat:** Langzeitarbeitslose haben häufig einen geringen Bildungsabschluss, keinen Berufsabschluss und eine geringe Bereitschaft, sich weiterzubilden. Für sie wird es auf dem Arbeitsmarkt eng. Vor 20 Jahren gab es noch erheblich mehr Jobs für Un- und Angelernte als heute.

**Wie können Menschen, die mit Lernen eher Misserfolge verbinden, erfolgreich lernen?**

**Dobischat:** Ein sozialer Arbeitsmarkt für Langzeitarbeitslose muss Arbeit und Lernen verknüpfen. Beides muss mit dem jeweils anderen zu tun haben. Arbeitsplätze müssen lernförderlich sein. Der Impuls, etwas zu lernen, muss aus der Arbeit selbst kommen. Ein Landschaftsgärtner kann auf Anweisung Pflanzen eingraben, oder selbst wissen, welche Pflanze wie heißt, welchen Standort sie braucht. Wer etwas lernt, weil er es wissen will, weil er es in dem Moment, in dem er es lernt, auch braucht, lernt es nachhaltig. Wer für eine Klausur oder den Unterricht lernt, hat sein Wissen schnell wieder vergessen. Das gilt in jedem Alter.

**Ist man irgendwann zu alt, etwas Neues zu lernen?**

**Dobischat:** Ältere lernen anders als Jüngere. Langsamer und über Erfahrungen. Eine Altersgrenze fürs Lernen gibt es nicht.

## Viel unterwegs – auf Rädern und zu Fuß

10 000 000 000

### Die Öffentlichen



Rund zehn Milliarden Fahrgäste beförderte der öffentliche Personennahverkehr in Deutschland 2017. Damit ersetzen Busse und Bahnen pro Tag 20 Millionen Autofahrten. Im Vergleich zum Auto verbrauchen Busse und Bahnen 46 Prozent weniger Energie.

### Die »Auto«nomen



Das beliebteste Verkehrsmittel im Alltag ist immer noch das Auto. Es kommt zum Einsatz bei:

81% aller Fahrten zur Arbeit

83% aller Einkäufe

75% aller Wege in der Freizeit

50% aller Urlaubsreisen

100%

### Die berufstätigen Frauen und Männer

Wie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zur Arbeit kommen: (Anteile in Prozent):



mit dem Auto:	64	71
mit Bus oder Bahn:	16	12
mit dem Rad:	10	9
zu Fuß	10	7

\* rundungsbedingt nur 99 %

99%

### Die Brummis



Nach der Öffnung der Grenzen zwischen Ost- und Westeuropa ist der grenzüberschreitende Güterverkehr stark gestiegen. Über eine Milliarde Tonnen Güter werden pro Jahr durch Deutschland gefahren – die meisten mit Brummis. Überfüllte Autobahnparkplätze legen Zeugnis davon ab. Während die Waren, die per Schiene transportiert werden, nur um 43 Prozent zunahm, haben sich die Mengen, die per Lkw transportiert wurden, um 99 Prozent erhöht.

Quelle: Bundesverkehrsministerium: Verkehr in Zahlen 2017/2018

## Nicht um jeden Preis

### IG Metall prüft Stahlfusion zwischen Thyssen-Krupp und Tata

Im Mai soll die Fusion zwischen Thyssen-Krupp Steel Europe (TKSE) und dem indischen Unternehmen Tata Steel besiegelt werden. So der Zeitplan der Vorstände. Zumindest bis zum Redaktionsschluss der metallzeitung am 18. April war jedoch wieder offen, ob der Vertrag bald unterschrieben werden kann. Denn im April wurden die Beschäftigten der deutschen Thyssen-Krupp-Tochter von einer irritierenden Nachricht überrascht: Tata Steel hat seinem profitablen Standort im niederländischen Ijmuiden zugesichert, über seine Gewinne künftig allein entscheiden zu können, also nicht in das neue Gemeinschaftsunternehmen einbringen zu müssen.

Die Niederländer wollen außerdem einen eigenen Vorstand und Aufsichtsrat behalten. Und bei ihnen soll die – für die Zukunft des Gemeinschaftsunternehmens wichtige – Forschung und Entwick-

lung angesiedelt sein. Metaller fragen sich, inwiefern in einem solchen Fall noch von einem Gemeinschaftsunternehmen gesprochen werden kann. Tata besitzt nicht nur das florierende Werk in Holland. In das Joint Venture mit Thyssen-Krupp bringt es noch ein hoch defizitäres Werk im walisischen Port Talbot ein.

Die IG Metall-Vertreter in den Aufsichtsräten von Thyssen-Krupp und TKSE wollen die Details der Fusionspläne jetzt genau und in aller Ruhe prüfen. »Uns geht es nicht darum, die Fusion zu verhindern«, erklärt Tekin Nasikkol, Aufsichtsratsmitglied bei Thyssen-Krupp und Betriebsratsvorsitzender des größten TKSE-Standorts Duisburg. »Aber wir wollen sie auch nicht um jeden Preis. Nachteile für unsere Standorte und Belegschaften nehmen wir nicht hin.« Ohne einheitliche Bedingungen für alle würden die Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter dem Joint Venture nicht zustimmen.



Foto: Ulrich Baumgarten/pa

Stahlwerker überprüft Feinblech bei Thyssen-Krupp in Duisburg

**Sichere Arbeit** In den deutschen Stahlwerken von Thyssen-Krupp sind rund 27 000 Menschen beschäftigt. Ende Dezember hatte die IG Metall für sie einen Tarifvertrag »Zukunft Stahl« ausgehandelt, der ihnen Schutz im Falle einer Fusion bieten soll. Der Vertrag gibt ihnen eine neunjährige Arbeitsplatzgarantie. Mindestens bis 2026 gibt es keine Kündigungen, alle Standorte bleiben erhalten.

In einer Mitgliederbefragung an allen Standorten hatten mehr als 90 Prozent der IG Metall-Mitglieder zugestimmt.

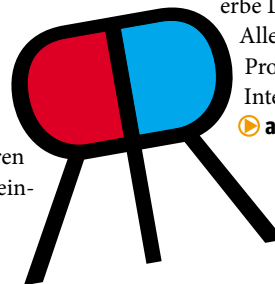
► [igmetall.de/stahl-ist-zukunft](http://igmetall.de/stahl-ist-zukunft)

## Lieder der deutschen Arbeiterbewegung

Podiumsgespräche, Mitsingaktionen und Konzerte: Unter dem Motto »Arbeit – Lied – Bewegung« geht es bei den Ruhrfestspielen in Recklinghausen zwei Tage lang um Lieder der Arbeiterbewegung. Am Sonntag, 3. Juni, wird diskutiert, »was uns verbindet« und »warum wir singen«. Zwischen den Diskussionsforen gibt es Gelegenheit zum gemeinsamen Singen. Am Sonntag, 4. Juni, tritt um 20 Uhr das Konstantin-Wecker-Trio auf.

Die Lieder der deutschen Arbeiterbewegung wurden im Laufe der Geschichte oft unterdrückt oder verboten. Heute gehören sie zum immateriellen Kulturerbe Deutschlands der UNESCO. Alle Infos und das vollständige Programm gibt es hier im Internet:

► [arbeit-lied-bewegung.de](http://arbeit-lied-bewegung.de)



Bei den Ruhrfestspielen geht es in diesem Jahr auch um Arbeiterlieder.





Lautstarker Protest: Bombardier-Beschäftigte demonstrieren am 4. März in Görlitz für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze.

Foto: Pawel Sosnowski

# Alle Standorte gesichert

**Bahnindustrie** Der Zugbauer Bombardier wollte rund 2500 Stellen in Deutschland streichen, Standorte waren in Gefahr. Dagegen wehrten sich Belegschaft und IG Metall – mit Erfolg: Bis Ende 2019 sind betriebsbedingte Kündigungen nun ausgeschlossen. Alle Standorte bleiben erhalten.

Es war ein langer Weg, eine steinige Strecke. Manchmal waren sie beinahe am Ende ihrer Kräfte, manchmal wussten sie nicht, wie sie noch ins Ziel kommen sollten. Aber aufgeben? »Niemals«, sagt Volkmar Pohl, »das kam für uns nicht infrage.« Also haben sie weitergemacht: Gemeinsam mit den Beschäftigten haben sie Proteste organisiert, Aktionstage initiiert, die Politik auf ihre Seite gezogen. Gemeinsam haben sie für die Zukunft ihrer Arbeitsplätze und den Erhalt der Werke gekämpft. Jetzt, nach zwei Jahren, sind sie an einem wichtigen Zwischenziel angekommen: »Wir haben eine Zukunftssicherung für Standorte und Beschäftigung in Deutschland erreicht«, sagt Volkmar Pohl, der Gesamtbetriebsratsvorsitzende von Bombardier in Deutschland.

Die ursprünglichen Pläne des Schienenfahrzeugherstellers kamen einem Kahlschlag gleich: Ende 2016 hatte der kanadische Konzern angekündigt, weltweit 7500 Stellen zu streichen, insgesamt 5000 davon sollten in der Bahntechnik wegfallen, deren Schwerpunkt in Deutschland liegt. Elf deutsche Standorte unterhält der Konzern, rund 8500 Menschen arbeiten hier. Von den angekündigten Abbauplänen waren insbesondere die fahrzeugproduzierenden Werke in Bautzen, Görlitz und Henningsdorf betroffen. Es gab Überlegungen, das Werk in Görlitz zu schließen und in Henningsdorf 90 Prozent der Produktion abzuwickeln. Das ist abgewendet.

Nicht nur das Görlitzer Werk ist mit dem Verhandlungsergebnis gesichert. Alle elf deutschen Bombardier-Standorte bleiben erhalten. Der weitere Restrukturierungsprozess wird

durch die IG Metall eng begleitet. Dabei steht die Standortsicherung über die Laufzeit der Vereinbarung hinaus im Fokus, denn die Standorte Görlitz und Henningsdorf sind von der Neuausrichtung des Unternehmens in besonderem Maße betroffen. Vereinbart werden konnte dazu der Ausschluss von betriebsbedingten Kündigungen bis zum 31. Dezember 2019. Nicht zu vermeiden war dagegen ein Freiwilligenprogramm, das einen maximalen Personalabbau von bis zu 1513 Beschäftigten vorsieht. »Das war aufgrund der wirtschaftlichen Lage, in der das Unternehmen steckt, nicht wegzubekommen«, sagt Volkmar Pohl. »Wichtig ist, dass alles sozialverträglich unter dem Aspekt der Freiwilligkeit umgesetzt wird.«

**Neue Ausrichtung** Olivier Höbel, IG Metall-Bezirksleiter Berlin-Brandenburg-Sachsen hat den Interessenausgleich und Sozialplan für die IG Metall mitverhandelt. »Die Gesamtbetriebsvereinbarung ist ein wichtiger erster Schritt für die Zukunft der Standorte«, sagt Olivier Höbel. »Problematisch bleibt, dass unsere Kolleginnen und Kollegen in Leiharbeit bei Bombardier nicht vom Interessenausgleich und Sozialplan geschützt werden konnten, weil sie nicht Beschäftigte des Unternehmens sind.«

Umgebaut wird viel im Konzern in den kommenden Jahren – das soll, so ist es vereinbart, in engem Austausch zwischen Geschäftsführung und Betriebsrat geschehen. »Wir haben einen Beteiligungsmechanismus auch in wirtschaftlichen Angelegenheiten vereinbart«, sagt Volkmar Pohl,

»das ist wichtig, denn unter den drei ostdeutschen Standorten werden die Aufgaben neu verteilt.« In Bautzen wird künftig die Serienfertigung kompletter Züge, Straßenbahnen und U-Bahnen angesiedelt. Henningsdorf konzentriert sich auf Forschungs- und Entwicklungsaufgaben und behält dazu einen Teil der Fertigung. Die künftige Ausrichtung von Görlitz ist der Rohbau von Wagenkästen. Das schließt auch den Rohbau von Straßenbahnen ein. Auch an den übrigen Standorten werden Zuständigkeiten gebündelt: In Mannheim wird die Forschung und Entwicklung für Lokomotiven und Antriebe gebündelt, in Kassel werden die Loks produziert, in Siegen Drehgestelle.

Ziel der Spezialisierung ist es, Doppelarbeit zu vermeiden und so mehr Effizienz und Qualität zu erreichen. »Die Produktion soll nach dem Plattformprinzip standardisiert werden«, sagt René Straube, Betriebsratsvorsitzender im Görlitzer Bombardier-Werk. Was das bedeutet? Nun, sagt René Straube, momentan existieren in Europa mehrere verschiedene Doppelstockplattformen, davon werden allein zwei in unterschiedlicher Materialausführung in Görlitz gefertigt. »Die Idee einer einheitlichen Plattform und standardisierten Fertigung liegt auf der Hand.«

Dafür werden jetzt die Voraussetzungen geschaffen: Bis Ende 2019 wird das Unternehmen über acht Millionen Euro in das Werk investieren, um die Produktion zu standardisieren. »Damit ist es aber nicht getan«, sagt René Straube. »Es geht auch darum, die Beschäftigten mitzunehmen und ihnen Sorgen vor der Umstrukturierung zu nehmen.«

Jan.Chaberny@igmetall.de



## Gespräch über kürzere Arbeitszeit auch für Textilindustrie Ost

Anfang des Jahres war die Mauer zwischen Ost und West länger weg, als sie zuvor gestanden hatte. Viele jüngere Beschäftigte kennen die deutsche Teilung nur noch aus dem Geschichtsunterricht. In Tarifverträgen teilt sich die Arbeitswelt allerdings immer noch in Ost und West. Mit 40 Stunden pro Woche arbeiten die Beschäftigten der Textilindustrie im Osten sogar deutlich länger als Kolleginnen in anderen Branchen

Im Tarifabschluss 2017 hatte die IG Metall den Arbeitgeberverband dazu verpflichtet, mit ihr über eine Verkürzung der Arbeitszeit zu reden. Die IG Metall erwartet einen verbindlichen Weg zur 37-Stunden-Woche. Das erste Gespräch fand Anfang April statt. Eine Arbeitsgruppe berät nun über einen Zeitplan und wie eine kürzere Arbeitszeit aussehen könnte.

**Ungerecht und unsinnig** Manfred Menningen von der Vorstandsverwaltung der IG Metall in Frankfurt führt die Gespräche. Die unterschiedlichen Arbeitszeiten zwischen Ost und West nennt er ungerecht, unsinnig und nicht ökonomisch. »Es ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, die Arbeitszeiten in Ost und West anzugleichen«, sagte Menningen. »Mit Arbeitszeiten von gestern werden die Arbeitgeber im Osten es zukünftig schwer haben, gut ausgebildete Fachkräfte zu gewinnen und zu halten.«

Beschäftigte aus verschiedenen Betrieben begleiteten die erste Gesprächsrunde zur Arbeitszeitverkürzung mit Aktionen. Sie machten aktive Pausen oder nutzten den Schichtwechsel, um mit den Beschäftigten über die Arbeitszeitverkürzung zu diskutieren.

Am 26. Juni setzten die IG Metall und der Arbeitgeberverband die Gespräche in Chemnitz fort. Bis dahin müssen die Betriebspartner die Arbeitszeiten und Schichtmodelle dokumentieren.



Textilbeschäftigte in Ostdeutschland wollen kürzere Arbeitszeiten.



# Anlauf für Recht auf **Brückenteilzeit**

**Arbeitszeit** Seit Jahren fordert die IG Metall für Beschäftigte das Recht, aus der Teilzeit wieder in Vollzeit zurückkehren zu können. Arbeitsminister Hubertus Heil legt nun einen Gesetzesentwurf für eine befristete Teilzeit vor.

Geht es nach den Plänen des Bundesarbeitsministers, können Beschäftigte vom kommenden Jahr an befristet in Teilzeit gehen. In einem Interview mit dem Deutschlandfunk sagte Hubertus Heil, die Regierung wolle einen Rechtsanspruch auf befristete Teilzeit schaffen. Das Rückkehrrecht soll, so Heil im Deutschlandfunk, Brücken zwischen verschiedenen Lebensphasen bauen und Altersarmut vermeiden. Denn die Teilzeitfalle, in der vor allem Frauen stecken, führt häufig in eine berufliche Sackgasse und schmälert die Ansprüche in der Rente.

**Überfälliger Schritt** Die IG Metall begrüßt die Ankündigung von Hubertus Heil, das Rückkehrrecht von Teilzeit- in Vollzeitarbeit zum 1. Januar 2019 gesetzlich zu verankern. Der Erste Vorsitzende der IG Metall, Jörg Hofmann, bezeichnete den Rechtsanspruch auf ein Rückkehrrecht von Teil- in Vollzeit als überfällig. »Es ist schlicht widersinnig, dass die Arbeitgeber auf der einen Seite Fachkräftemangel be-

klagen und auf der anderen Seite Millionen, vor allem weibliche Fachkräfte, in der Teilzeitfalle hängen. Wir haben in der Metall- und Elektroindustrie mit dem jüngsten Tarifabschluss den Anspruch auf eine Reduzierung der Arbeitszeit mit Rückkehrgarantie erstritten. Die Unterstützung aus den Belegschaften für diese Forderung und die Begeisterung über das Ergebnis waren überwältigend. Das zeigt: Es gibt einen dringenden Bedarf«, sagte Hofmann.

**Vorreiter Tarifvertrag** Mit ihrem Tarifabschluss war die IG Metall Vorreiterin für eine gesetzliche Verbesserung. Heil will mit seiner Brückenteilzeit Arbeitszeiten, die zum Leben passen. Das hatte auch die IG Metall in ihrer Tarifrunde für die Metall- und Elektroindustrie erfolgreich gefordert. Von 2019 an können die Beschäftigten der Branche ihre Wochenarbeitszeit für bis zu zwei Jahre auf bis zu 28 Stunden pro Woche reduzieren. Anschließend können sie in Vollzeit zurückkehren oder erneut kurze Vollzeit beantragen.





Foto: Mandiclovan/fotolia

**Eltern wollen kürzer arbeiten, wenn die Kinder klein sind, später aber auch im Beruf wieder Gas geben. Bundesarbeitsminister Heil plant dafür die Brückenteilzeit.**

Um das Recht auf Teilzeit haben Gewerkschaften lange gekämpft. Seit 2001 steht es im Gesetz und die Zahl der Teilzeitbeschäftigten ist gestiegen, vor allem unter Frauen. Doch nach dem ersten Jubel, fühlten sich Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, vor allem aber berufstätige Frauen, die ihre Arbeitszeit verringert hatten, ernüchtert. Denn einmal Teilzeit bedeutet für viele immer Teilzeit. Damit ist die berufliche Karriere für viele oft zu Ende oder geht sogar steil nach unten.

Die IG Metall fordert nicht nur seit Langem ein gesetzliches Rückkehrrecht in Vollzeit, sie machte es auch zum Thema ihrer Tarifpolitik. Nun will der Gesetzgeber offenbar nachziehen und die Zusage aus dem Koalitionsvertrag einlösen. Dort hatten sich SPD und CDU/CSU auf die Einführung einer befristeten Teilzeit geeinigt. Einen gesetzlichen Anspruch sollen danach Arbeitnehmerinnen und

Arbeitnehmer in Unternehmen mit 45 oder mehr Beschäftigten haben.

Arbeitszeiten passen für Beschäftigte allerdings nur dann zum Leben, wenn auch die Arbeitsmenge dazu passt. Wenn Beschäftigte eine Zeitlang weniger Stunden arbeiten, um sich um Familie, Freunde oder Hobbys zu kümmern, darf es nicht bedeuten, dass sie die gleiche Arbeit in weniger Zeit erledigen oder Kolleginnen und Kollegen ihre Arbeit mitmachen müssen.

Die IG Metall hat daher in ihrem Tarifvertrag ein Verfahren zum Ausgleich der entfallenden Arbeitsstunden vereinbart. Dabei geht es darum, die Interessen beider Seiten zu berücksichtigen. Stärkere Mitbestimmungsrechte bei der Personalplanung und -bemessung, wie sie die IG Metall fordert, würden Betriebsräten helfen, die Interessen der Beschäftigten besser durchzusetzen.

## Rente: Demografie ist beherrschbar

### Höhere Erwerbstätigkeit kann Alterung der Gesellschaft abfedern.

Die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die gesetzliche Rentenversicherung lassen sich beherrschen. Zwar werden in Zukunft mehr alte weniger jungen Menschen gegenüberstehen. Doch mit besserer Arbeitsmarktpolitik lassen sich die Folgen deutlich abfedern. Zu diesem Schluss kommt die Hans-Böckler-Stiftung in einer neuen Studie. Nicht das Verhältnis zwischen Alten und Jungen ist dem-

nach entscheidend, sondern das zwischen Erwerbstätigen und Leistungsempfängern. Bei der Erwerbstätigkeit sehen die Forscher noch großes Potenzial: Die Erwerbstätigenquote von Frauen und Migranten erhöhen, Unterbeschäftigung (zum Beispiel Minijobber) abbauen. Mit einer Erwerbstätigkeit wie der von Schweden ließen sich die demografischen Effekte um zwei Drittel oder mehr reduzieren.



Foto: marifshuama/stock.adobe.com

**Telefonkonferenzen rund um den Globus sind eine feine Sache. Diese Kommunikation unter erschwerten Bedingungen erfordert auch Geduld.**

## Die Tücken einer Telefonkonferenz

**Virtuelle Besprechung** Bei Telefonkonferenzen kommt es auf Technik und Disziplin der Teilnehmer an. Sonst kann man sich das Ganze sparen.

Telefonkonferenzen dienen dem schnellen Informationsaustausch und machen lange Anfahrten überflüssig. Im Gegensatz zur einer klassischen Sitzung können die Teilnehmenden einander nicht sehen. Kommunikation über Gesten und Mimik entfällt damit vollständig. Schwierig wird es, wenn viele Menschen teilnehmen, sich die Besprechung über mehrere Zeitzonen erstreckt und verschiedene Kulturen beteiligt sind. Eine telefonische Konferenz verlangt von ihren Teilnehmern deutlich mehr Konzentration, vor allem wenn man sich in einer Fremdsprache, in der Regel in Englisch, verständigt. Damit sie erfolgreich verläuft, sollten alle ein paar Regeln beachten.

Der Termin sollte nicht zu früh oder zu spät angesetzt werden und die jeweilige Ortszeit der Teilnehmer in verschiedenen Zeitzonen berücksichtigen. Alle Teilnehmenden sollten sich für die Telefonkonferenz in einen ruhigen Raum zurückziehen und Hintergrundgeräusche wie Verkehrslärm durch das offene Fenster oder Gespräche von Kollegen ausschließen. Sie stören auch alle anderen Teilnehmer der Konferenz.

Zu Beginn sollten sich alle einmal vorstellen. Wer spricht, sollte immer zuerst seinen Namen nennen. Da keiner den anderen sieht, ist es oft schwer, dem Redner zu folgen. In einer Telefonkonferenz sollten die Teilnehmenden daher langsam sprechen. Um Kollegen nicht das Wort abzuschneiden, müssen bei einer Telefonkonferenz längere Pausen abgewartet werden, bevor man sich zu Wort meldet.

Damit es technisch einwandfrei klappt und die Verbindung nicht abreißt, empfiehlt sich das Telefonieren über Festnetz. Bei einer internationalen Telefonkonferenz braucht man eine länderspezifische Einwahlnummer und eine PIN, wenn die Teilnehmer sich selbst einwählen (Dial-In).

# Tarif holen – mehr wert sein



**Tarifbindung** In vielen Betrieben gelten keine Tarifverträge. Dort bestimmt der Arbeitgeber allein über Geld und Arbeitsbedingungen. Doch immer mehr Belegschaften setzen gemeinsam mit der IG Metall Tarifverträge mit gesicherten Ansprüchen durch. In den letzten beiden Jahren hat die IG Metall fast 500 Betriebe mit rund 115 000 Beschäftigten in die Tarifbindung geholt. **Von Dirk Erb**



Foto: IG Metall

## 1500 Euro mehr in diesem Jahr – ab 2020 Entgelt nach Metall-Tarif

Willkommen in der Tarifbindung: Bei Metallguss Schiefelbusch (MGS) in Stahlhofen am Wiesensee im Westerwald haben Beschäftigte und IG Metall erstmals Tarifverträge durchgesetzt. Nach mehreren Warnstreiks sollte bereits die Urabstimmung über einen unbefristeten Streik anlaufen – als die Geschäftsleitung doch noch einlenkte.

Ab 1. Juli gibt es einen Euro mehr in der Stunde – für Facharbeiter sind das rund 8 Prozent mehr als bisher. Dazu kommen Einmalzahlungen und höhere Zuschläge für Mehrarbeit. Im Schnitt hat jeder MGS-Beschäftigte durch den Tarifabschluss in diesem Jahr rund 1500 Euro mehr.

**Rein in den Metall-Tarif** Ab nächstem Jahr wird dann schrittweise der Metall-Tarif der IG Metall bei Schiefelbusch eingeführt. Bis 2020 steigen die Entgelte auf Tarifniveau. Bis 2025 wird dann auch der Urlaub von derzeit 26 auf 30 Tage verlängert – und die Arbeitszeit von 40 auf 35 Stunden verkürzt, bei vollem Lohnausgleich.

Zwei Monate lang haben die IG Metall-Mitglieder bei MGS dafür Druck gemacht, demonstriert und warngestreikt.

»Wir sind stolz auf die Rücken- deckung durch die große Zahl unserer IG Metall-Mitglieder«, meint Dirk Obermann, Betriebsratsvorsitzender und Mitglied der gewählten Tarifkommission der IG Metall bei MGS. »Sie haben uns dermaßen den Rücken gestärkt, da konnte bei der Verhandlung nichts mehr schiefgehen.«

Heute sind 85 Prozent der 170 Beschäftigten Mitglied der IG Metall. Vor drei Jahren waren es gerade einmal 12 Prozent.

»Damals hätten wir nicht gedacht, dass wir hier jemals eine Tarifbindung hinkommen können«, erinnert sich Uwe Wallbrecher von der IG Metall in Betzdorf. Seitdem hat die IG Metall Betzdorf neben MGS noch in vier weiteren Betrieben im Westerwald erstmals Tarifverträge durchgesetzt. Gut 1000 Beschäftigte profitieren davon. Wallbrecher kündigt an: »Es gibt weitere Betriebe in der Region, die wir noch angehen werden.«

Mit mehreren Warnstreiks haben sich die Beschäftigten von Metallguss Schiefelbusch erstmals einen Tarifvertrag geholt.



### So geht's zur Tarifbindung

- Tarifverträge kann nur eine Gewerkschaft mit den Arbeitgebern abschließen.
- Meldet Euch bei Eurer IG Metall vor Ort und lasst Euch vertraulich beraten.
- Wählt zunächst einen Betriebsrat, wenn Ihr keinen habt. Die IG Metall hilft Euch.
- Ladet die IG Metall zur Betriebsversammlung ein und diskutiert, wie Ihr die Arbeitsbedingungen verbessern könnt.
- Haltet zusammen. Je mehr Beschäftigte Mitglied der IG Metall werden, desto stärker ist die Position der IG Metall.
- Wählt Eure Tarifkommission im Betrieb, diskutiert und formuliert Ziele, fordert den Arbeitgeber zu Tarifverhandlungen auf.
- Rechnet mit Widerstand. Macht gemeinsam Druck, notfalls auch mit Streiks.

👉 [igmetall.de/Tarifbindung](http://igmetall.de/Tarifbindung)





Foto: Stefan Deutsch

**Zweieinhalb Jahre lang haben Ingo Wormann (Mitte) und die anderen IG Metall-Betriebsräte für ihre Tarifbindung bei Nordlam informiert und geworben.**

## Dicke Bretter gebohrt – bis zu 200 Euro mehr im Monat

Seit letzten Sommer ist Nordlam, der Brett-schichtholz-Hersteller aus Magdeburg, in der Tarifbindung. Die Beschäftigten holten sich erstmals einen Haustarifvertrag mit der IG Metall. Die Arbeitszeit sinkt bis nächstes Jahr von 40 auf 39 Wochenstunden. Der Urlaub verlängert sich bis 2020 von ursprünglich mindestens 24 auf mindestens 30 Tage im Jahr. Und es gibt Urlaubsgeld.

Beim Geld profitieren vor allem die unteren Einkommen. Vorher bekamen sie gerade mal den Mindestlohn. Jetzt haben sie schon mal bis zu 200 Euro mehr im Monat – nach einem einheitlichen Entgeltssystem, durch das die Bezahlung gerechter geworden ist. Die neue Geschäfts-

führung der Hasslacher-Gruppe, die Nordlam gekauft hat, hat von sich aus höheren Eingruppierungen zugestimmt.

**Kleine Schritte** Zweieinhalb Jahre hat der Weg zum Tarif gedauert. Damals meldete sich der neue Betriebsratsvorsitzende Ingo Wormann bei der IG Metall in Magdeburg.

Sie informierten die Beschäftigten auf Versammlungen, warben IG Metall-Mitglieder, wählten eine Tarifkommission und forderten die Geschäftsleitung zu Verhandlungen auf. In einer Umfrage sprachen sich über 200 von 250 Beschäftigten für einen Tarifvertrag aus. »Wir legten der Geschäftsleitung beide Stapel auf den Tisch.

Das hat gewirkt«, erinnert sich Wormann. »Wenn die Leute hinter uns stehen, geht es auch vorwärts.«

Der Tarif ist da. Trotzdem liegen die Entgelte bei Nordlam immer noch fast 30 Prozent unter dem Holz-Tarif der IG Metall. Daher wollen die IG Metall-Mitglieder bei Nordlam ab August in die nächste Runde gehen und über mehr Geld verhandeln. Sie wollen ordentlich etwas drauf.

Mittlerweile ist über die Hälfte der Beschäftigten in der IG Metall. Dadurch können sie mehr Druck machen. »Uns war von Anfang an klar: Wir müssen kleine Schritte gehen und dranbleiben«, meint Wormann. »Von allein kommt nichts.«



Foto: IG Metall

**Während der Tarifverhandlung bei Atos s+c haben die IG Metall-Mitglieder die Unternehmenszentrale mit Fahnen und Transparenten geschmückt.**

## IT-Dienstleister installieren ihren Tarif

Die Beschäftigten des zu Atos gehörenden IT-Dienstleisters science+computing (s+c) haben erstmals einen Tarifvertrag mit der IG Metall durchgesetzt. Zum 1. Mai steigen ihre Entgelte um 3 Prozent. In den nächsten drei Jahren geht es schrittweise weiter hoch auf den Rahmentarif IT der IG Metall.

Die IG Metall-Mitglieder bei s+c in Tübingen, München und Ingolstadt hatten sich bereits auf Warnstreiks vorbereitet. Während der 16-stündigen Verhandlung in der Zentrale in Tübingen demonstrierten 70 Beschäftigte auf einer Terrasse gegenüber. Das Gebäude war mit IG Metall-Fahnen und -Transparenten geschmückt. Tarifwecker klingelten in Hörweite der Verhandlung bis in die Nacht hinein.

»Die Geschäftsleitung hat gemerkt, dass es ernst wird und dass sie uns endlich ein vernünftiges Angebot machen muss«, erklärt Christoph Prokop, IT-Fachmann und Leiter der IG Metall-Vertrauensleute bei s+c in Tübingen. »Unser Tarifabschluss war nur möglich, weil wir geschlossen zusammengestanden haben.«

Bis Ende 2016 hatte die IG Metall bei s+c nur eine Handvoll Mitglieder. Doch

als die Geschäftsführung verkündete, dass es trotz guter Gewinne keine Gehaltserhöhung geben werde, hatten die Beschäftigten die Nase voll. Der Tübinger Betriebsrat lud die IG Metall Reutlingen-Tübingen zur Betriebsversammlung ein.

**Mehr nur mit Tarif** »Uns ist klargeworden, dass wir ohne Tarifvertrag keine Handhabe haben, um Gehaltserhöhungen durchzusetzen«, erklärt Christoph Haas, Betriebsratsvorsitzender und zugleich Teamleiter im Software Consulting. »Die Zusammenarbeit mit der IG Metall ist für uns das optimale Vorgehensmodell.«

Innerhalb weniger Monate war über die Hälfte der Belegschaft in der IG Metall. Sie wählten Vertrauensleute und eine Tarifkommission, gemeinsam mit München und Ingolstadt. »Wir haben Flyer verteilt, auf Versammlungen diskutiert und vor allem viele Einzelgespräche geführt«, erzählt Prokop. »Die beste Werbung für uns hat jedoch die Geschäftsführung mit ihren Aussagen gemacht. Nach jeder Betriebsversammlung hatten wir einen Schub von Eintritt in die IG Metall.«

# Urlaub planen, abstimmen und **genehmigen** lassen

**Recht so** Viele Beschäftigte planen zurzeit ihren Urlaub. Ob der Arbeitgeber auf die Urlaubswünsche von Beschäftigten Rücksicht nehmen muss oder genehmigten Urlaub einfach widerrufen kann, erläutert Tjark Menssen.



**Tjark Menssen**  
ist Jurist bei der  
**DGB Rechtsschutz**  
**GmbH.**

Foto: Frank Ott/DGB Rechtsschutz

Erholung muss sein. Darum haben Beschäftigte einen gesetzlich garantierten Anspruch auf Urlaub. Nach fast allen Tarifverträgen der IG Metall haben Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen Anspruch auf 30 Arbeitstage bezahlten Urlaub im Jahr. Gleiches gilt für Auszubildende. Sie dürfen in vielen Betrieben aber nur während der Berufsschulferien Urlaub nehmen.

**Urlaub abstimmen** 2018 liegen die Feiertage so günstig, dass Beschäftigte mit wenig Urlaub viele freie Tage rausholen können, wenn sie an den Brückentagen Urlaub nehmen.

Wann und ob der Urlaub gewährt wird, hängt in erster Linie von den Gegebenheiten im Betrieb und den Interessen anderer Beschäftigter ab. Der Arbeitgeber kann den Urlaubswunsch nur verweigern, wenn dringende betriebliche Belange entgegenstehen oder wenn soziale Gesichtspunkte anderer Vorrang haben, etwa aufgrund schulpflichtiger Kinder. Hier liegt oft das Problem. Beschäftigte mit schulpflichtigen Kindern sind an die gesetzlichen Ferien gebunden, andere wollen gern im Sommer Urlaub machen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die sich im Betrieb gegenseitig vertreten, sollten sich absprechen. Denn die Erfahrung zeigt, dass häufig schon bei der Planung gestritten wird – gerade wenn die Feiertage günstig liegen. Das Ergebnis: Der Fall wird zur Chefsache. Dabei spielt es in der Regel keine Rolle, wer im Team den Urlaub zuerst beantragt hat. Wichtig sind individuelle Gründe.

Bei einer Überschneidung wird der Arbeitgeber zunächst prüfen, ob die gleichzeitige Urlaubsgewährung betrieblich möglich ist. Dabei hat er die sozialen Gesichtspunkte der Beschäftigten zu

berücksichtigen, etwa wenn die Urlaubsanträge der Kollegen in die Schulferien fallen. Dann beißen in der Regel kinderlose Arbeitnehmer in den sauren Apfel und müssen ihren Urlaub anders planen. Lassen sich die Urlaubswünsche mehrerer Kollegen mit schulpflichtigen Kindern betrieblich nicht realisieren, können sonstige soziale Kriterien ausschlaggebend sein, etwa der Urlaub der Partnerin oder des Partners.

**Listen und Anträge** In vielen Betrieben gibt es Listen oder Urlaubsanträge. Reichen die Beschäftigten einen abgestimmten Urlaubsplan beim Chef ein, wird er diesen in der Regel genehmigen. In einigen IG Metall-Tarifverträgen ist der Plan für Arbeitgeber sogar bindend. Genehmigter Urlaub kann vom Chef nicht einfach widerrufen werden. Dafür müsste schon der Zusammenbruch des Betriebs drohen. Das gilt erst recht, wenn der Urlaub bereits angetreten ist. Abgemacht ist abgemacht. Deshalb haben auch Arbeitnehmer keinen Rechtsanspruch, beantragten Urlaub kurzfristig zu verschieben. Eine nachträgliche Änderung ist nur nach Absprache mit dem Arbeitgeber möglich. Das gilt auch bei Erkrankung. Wer sich ohne Zustimmung selbst beurlaubt, muss mit arbeitsrechtlichen Konsequenzen rechnen. Will ein Beschäftigter trotz Ablehnung des Arbeitgebers in Urlaub gehen, muss er eine einstweilige Verfügung beim Arbeitsgericht erwirken.

**Betriebsferien** Will der Arbeitgeber den Betrieb, Werkteile oder bestimmte Abteilungen schließen, geht das nur mit Betriebsrat. Stimmt er der Werkschließung zu, muss die ganze Belegschaft während der »Auszeit« Urlaub nehmen. Betriebsferien können beliebig lang sein, dürfen aber nicht den gesamten Urlaubsanspruch umfassen.



# Alles, was Recht ist



## ›IMPFSCHADEN

### Keine Haftung durch den Arbeitgeber

Der Arbeitgeber haftet nicht für Impfschäden, die ein Arbeitnehmer wegen einer Impfung durch den Betriebsarzt erleidet. Das Bundesarbeitsgericht hat entschieden, dass ein Verstoß des Betriebsarztes gegen seine Aufklärungspflicht nicht dem Arbeitgeber angelastet werden kann.

► **Bundesarbeitsgericht (BAG) vom 21. Dezember 2017 – 8 AZR 853/16**



## ›EINKOMMENSTEUER

### Neue Merkblätter zum Kindergeld veröffentlicht

Das Bundeszentralamt für Steuern hat zwei neue Kindergeldmerkblätter für 2018 veröffentlicht. In dem umfangreicheren Merkblatt werden auf 48 Seiten alle Grundsatzfragen zum Kindergeld erläutert. Etwa welche Voraussetzungen zusätzlich erfüllt sein müssen, damit Kinder über 18 Jahre einen Anspruch haben, was ein Zahlkind ist, wer das Kindergeld erhält, wenn mehrere Personen anspruchsberechtigt sind, oder welche Leistungen die Zahlung des Kindergelds ganz oder teilweise ausschließen. In der Kurzversion des Merkblatts sind auf drei Seiten die wichtigsten Fakten zum Kindergeld zusammengefasst. Merkblätter als PDF zum Herunterladen unter:

- **bzst.de**
- **Steuern National**
- **Kindergeld (Fachaufsicht)**
- **Kindergeldberechtigte**
- **Merkblätter**



## ›ELTERNGELD

### Kein Verlust durch Heiratsbeihilfe oder Weihnachtsgeld

Anlassbezogene oder einmalige Zahlungen wie eine Heiratsbeihilfe oder Weihnachtsgeld reduzieren das Elterngeld auch dann nicht, wenn der Arbeitgeber keinen Lohnsteuerabzug vom Arbeitslohn vornimmt, sondern das Einkommen während des Elterngeldbezugs pauschal versteuert.

► **Bundessozialgericht vom 8. März 2018 – B 10 EG 8/16 R**



## ›RATGEBER

### Lohnsteuer-Abc – mit Tipps für die Steuererklärung

Das »Abc der Lohnsteuer-Grundbegriffe« informiert Beschäftigte über steuerliche Vergünstigungen und gibt ihnen nützliche Tipps und Hilfen zum Ausfüllen der Einkommensteuererklärung. Der langjährig bewährte Ratgeber des Deutschen Gewerkschaftsbunds erklärt die wichtigsten einkommensteuerrechtlichen Änderungen und wie sie sich auswirken. Eine Vielzahl von Beispielen erleichtern das Verständnis der mitunter recht schwierigen Materie. Einen hohen Gebrauchswert erhält der Ratgeber schließlich durch eine Reihe von gut zu überschauenden tabellarischen Darstellungen. Für Mitglieder gibt es den Ratgeber auf der Internetseite der IG Metall zum Herunterladen.

► **igmetall.de/lohnsteuer**



## ›DER RECHTSFALL

### Urlaubsansprüche bei Kündigung geltend machen

In Arbeits- oder Tarifverträgen finden sich oft Regelungen, nach denen Arbeitnehmer Ansprüche gegenüber ihrem Arbeitgeber innerhalb einer bestimmten Frist schriftlich geltend machen müssen. Bei der Beendigung eines Arbeitsverhältnisses können sich Beschäftigte nicht genommenen Urlaub auszahlen lassen. Nach dem Bundesurlaubsgesetz entsteht der Anspruch auf Abgeltung des nicht gewährten Urlaubs mit der Beendigung des Arbeitsverhältnisses und wird grundsätzlich zu diesem Zeitpunkt fällig.

Ist ein Arbeitnehmer gekündigt, kann er bereits mit Ablauf der Kündigungsfrist die Abgeltung seiner bis zu diesem Zeitpunkt noch bestehenden Urlaubsansprüche verlangen. Wer erst den Ausgang seiner Kündigungsschutzklage abwartet und den Prozess verliert, läuft Gefahr, die vertragliche Frist zu versäumen, und geht dann leer aus. Das geht aus einem Urteil des Bundesarbeitsgerichts hervor.

**Urlaubsansprüche eingeklagt** Ein Arbeitnehmer war gekündigt worden, zog vor Gericht und einigte sich mehr als ein Jahr später mit seinem Arbeitgeber auf einen Vergleich. Danach sollte das Arbeitsverhältnis zum ursprünglich gekündigten Termin enden. Zu diesem Zeitpunkt waren noch 30 Tage Urlaub nicht genommen. Der Arbeitnehmer verlangte daher von seinem ehemaligem Arbeitgeber, ihm die 30 Tage Urlaub abzugelten. Weil der Arbeitgeber nicht zahlte, zog der Arbeitnehmer dann erneut vor Gericht und verlor den Prozess. Das Bundesarbeitsgericht entschied, dass der Anspruch auf Urlaubsabgeltung nicht an den Erfolg der Kündigungsschutzklage (nämlich dem Fortbestand des Arbeitsverhältnisses) anknüpft, sondern im Gegenteil voraussetzt, dass das Arbeitsverhältnis beendet worden ist. Will der Arbeitnehmer den Verfall solcher Ansprüche verhindern, reicht die Erhebung einer Kündigungsschutzklage nicht aus.

**Praxistipp** Die Arbeitsrechtler der IG Metall raten daher Gekündigten, vorsorglich die Bezahlung ihrer restlichen Urlaubsansprüche schriftlich vom Arbeitgeber zu verlangen. Das sollten sie auch dann tun, wenn sie sich gegen die Kündigung mit einer Klage wehren wollen. Das Schreiben muss dem Arbeitgeber innerhalb der tariflichen oder der arbeitsvertraglichen Verfallsfrist zugehen. Diese Frist beginnt mit dem Tag, an dem das Arbeitsverhältnis endet.

Das komplette Urteil kann auf der Internetseite des Bundesarbeitsgerichts nachgelesen werden:

► **BAG vom 17. Oktober 2017 – 9 AZR 80/17**

## Krankengeld

# Die Kasse sichert das Einkommen

**Versicherte** Krankengeld ist eine Lohnersatzleistung der gesetzlichen Krankenkassen. Bei Arbeitsunfähigkeit sichert es das Einkommen bis zu eineinhalb Jahre lang.

Von Antonela Pelivan

**W**er lange krank ist, hat große Einkommenseinbußen. metallzeitung beantwortet die wichtigsten Fragen rund um das Krankengeld der gesetzlichen Krankenversicherung.

### Wer hat Anspruch?

Gesetzlich versicherte Arbeitnehmer und Empfänger von Arbeitslosengeld I (ALG I) können Krankengeld beziehen. Beschäftigte, deren Arbeitsvertrag von vornherein auf nicht mehr als vier Wochen befristet ist, haben keinen Krankengeldanspruch.

### Wann gibt es Krankengeld?

Hat das Arbeitsverhältnis vor Eintritt der Arbeitsunfähigkeit (AU) mindestens vier Wochen bestanden, ist der Arbeitgeber gesetzlich verpflichtet, sechs Wochen lang das Entgelt weiterzuzahlen. Danach muss Krankengeld beantragt werden.

Bei weniger als vier Wochen Beschäftigung gibt es sofort Krankengeld. Bei ALG-I-Beziehern bezahlt die Agentur für Arbeit die Leistungen in den ersten sechs Wochen der krankheitsbedingten Arbeitsunfähigkeit weiter, danach springt auch hier die Krankenkasse ein.

### Wie wird beantragt?

Seit 1. Januar 2016 bescheinigt der Arzt die AU auch nach sechs Wochen auf der Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung. Die erste Seite müssen Versicherte an die Krankenkasse schicken. Krankengeld wird immer rückwirkend und bis zum Tag des letzten Arztbesuchs gezahlt.

In der Regel informiert der Arbeitgeber die Krankenkasse, wann die Entgeltfortzahlung endet und wie hoch das Entgelt des Versicherten war.

### Wie lange gibt es Krankengeld?

Aufgrund ein und derselben Krankheit kann innerhalb von drei Jahren für längstens 78 Wochen Krankengeld bezogen

Wer lange krank ist, muss trotzdem einkaufen und Miete zahlen. Daher gibt es das Krankengeld von der Krankenkasse.





werden. In den meisten Fällen sind die ersten sechs Wochen durch Entgeltfortzahlung abgedeckt, danach bleiben noch 72 Wochen, in denen die Kasse ein Einkommen sichert. Ein erneuter Anspruch entsteht danach erst, wenn der Versicherte mindestens sechs Monate lang nicht wegen derselben Krankheit arbeitsunfähig war.

Hindert aber eine andere Krankheit den Versicherten daran, arbeiten zu gehen, besteht für diese Krankheit eine eigene Dreijahresfrist. Die neue Erkrankung darf aber nicht schon während der vorangegangenen entstanden sein.

### Wie viel Geld gibt es?

Das Krankengeld beträgt 70 Prozent des letzten beitragspflichtigen Arbeitsentgelts, maximal aber 90 Prozent des Nettoarbeitsentgelts. 2018 liegt die Obergrenze pro Kalendertag bei 103,25 Euro.

Vom Krankengeld abgezogen werden Beiträge zur Renten-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung, Beiträge für die Krankenversicherung fallen nicht an. Die Abzüge werden von der Krankenkasse einbehalten und abgeführt.

### Gibt es einen Zuschuss vom Chef?

Einige Arbeitgeber zahlen ihren Beschäftigten einen Zuschuss zum Krankengeld – das kann im Tarifvertrag, in einer Betriebsvereinbarung oder in den Anstellungsbedingungen stehen. Der Zuschuss gleicht die Differenz zwischen Kranken- und Nettoarbeitsentgelt aus. Fragt Euren IG Metall-Betriebsrat, was bei Euch gilt. Nachfragen kann sich lohnen.

### Was heißt lückenloses Attest?

Für einen Anspruch auf Krankengeld ist es wichtig, auf eine lückenlose Attestierung durch den Arzt zu achten. Spätestens am Werktag nach dem letzten Tag der Krankschreibung muss beim Arzt ein neues Attest ausgestellt werden. Samstage gelten nicht als Werktage. Ist das ärztliche Attest beispielsweise bis Freitag gültig, ist spätestens am Montag der Arzt aufzusuchen.

Unter bestimmten Voraussetzungen, zum Beispiel einer Kündigung vom Arbeitgeber, kann der Anspruch auf Krankengeld durch eine lückenhafte Attestierung verloren gehen.

Versicherte sollten unbedingt darauf achten, dass sie schon während der Entgeltfortzahlung durch den Arbeitgeber die entsprechende Ausfertigung der AU innerhalb von sieben Tagen an ihre Krankenkasse schicken. Der Grund: Ein Beschäftigter, der länger arbeitsunfähig ist

und vielleicht Krankengeld beziehen muss, sichert Ansprüche nur, wenn diese Frist eingehalten wird.

### Wie geht es weiter, wenn der Anspruch endet?

Nach 78 Wochen ist der Anspruch auf Krankengeld ausgeschöpft, die Krankenkasse stellt ihre Zahlungen ein – man nennt das die Aussteuerung. In diesem Fall kann es einen Anspruch auf Arbeitslosengeld I geben, wenn weiterhin Arbeitsunfähigkeit für die zuletzt ausgeübte Tätigkeit besteht und man nicht wöchentlich wenigstens 15 Stunden arbeiten kann. Ebenfalls darf noch keine Erwerbsminderung im Sinne der Rentenversicherung vorliegen. Außerdem müssen alle sonstigen Voraussetzungen für Arbeitslosengeld I erfüllt sein.

### Was ist Kinderkrankengeld?

Versicherte, die selbst Anspruch auf Krankengeld haben, können diese Leistung auch bekommen, wenn sie ihr erkranktes Kind zu Hause versorgen. Voraussetzung: Das Kind ist jünger als zwölf und selbst gesetzlich versichert. In der Regel muss der Arbeitgeber Beschäftigte für zehn Tage pro Kind und Jahr – bei mehr als zwei Kindern maximal 25 Tage – von der Arbeit freistellen. Alleinerziehende haben Anspruch auf doppelt so viele Tage. Wenn für diese Zeit kein Gehalt bezahlt wird, kann Kinderkrankengeld bezogen werden. Mit der entsprechenden Bestätigung des Kinderarztes wird Kinderkrankengeld bei der Krankenkasse beantragt.



### Onlinerechner für das Krankengeld

Die gesetzlichen Krankenkassen bieten auf ihren Internetseiten in der Regel viele Informationen über das Krankengeld an. Manche, wie zum Beispiel die AOK, die TK, die BKK oder die DAK, haben auf ihrer Internetseite einen Onlinerechner, der anhand persönlicher Angaben die voraussichtliche Höhe des Krankengelds berechnet.

### IG Metall hilft bei Problemen mit der Krankenkasse

Metallerinnen und Metaller, die beim Krankengeld Probleme mit ihrer Krankenkasse haben, können sich von den Experten der IG Metall vor Ort rechtlich beraten lassen. Die Kontaktdaten der zuständigen Geschäftsstelle findet Ihr hier:

[igmetall.de/vor-ort](https://www.igmetall.de/vor-ort)



**Psychische Belastungen können genauso zu Gesundheitsproblemen führen wie körperliche.**

## Stichwort: Was sind eigentlich »psychische Fehlbelastungen«?

Lärm, Zeit- und Leistungsdruck, überforderte Chefs oder die ständige Wiederholung der gleichen Handgriffe: Am Arbeitsplatz gibt es viele Faktoren, die krank machen können. Ob Krankenkassen oder Berufsgenossenschaften – sie alle kommen zu dieser Erkenntnis: Arbeiten ist immer mit Belastungen verbunden. Problematisch wird es, wenn Menschen dadurch über- oder unterfordert werden. Dann spricht man von Fehlbelastungen.

Der Schutz vor psychischen Fehlbelastungen ist ebenso wichtig wie der vor gefährlichen Stoffen oder rotierenden Sägeblättern. Solche Belastungen können Konzentrations- und Leistungsfähigkeit oder das Wohlbefinden beeinträchtigen. Womöglich kommt es sogar zu psychischen Erkrankungen wie Burn-out oder Depression, die meist langwierig und für die Betroffenen und ihre Angehörigen sehr leidvoll sind. Maßnahmen gegen psychische Fehlbelastungen sollten deshalb im betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz einen deutlich höheren Stellenwert haben.

Das gilt auch für das Handeln der staatlichen Aufsicht. Doch die Kontrolle ist mangelhaft. Statt Betriebsprüfungen auszuweiten, haben viele Arbeitsschutzbehörden in den vergangenen Jahren Personal abgebaut. Das zeigt die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Grünen. Ob Arbeitgeber psychische Fehlbelastungen überhaupt ermitteln und dann Schutzmaßnahmen ergreifen, kann unter diesen Bedingungen nicht ausreichend geprüft werden. Umso mehr sind Betriebsräte und Gewerkschaften gefordert. Sie haben im Betrieb zu prüfen, ob psychische Belastungen in den Gefährdungsbeurteilungen ausreichend berücksichtigt werden. Betriebsräte haben weitreichende Rechte, wenn es um die Festlegung und Durchsetzung von Schutzmaßnahmen geht.

Nachdem die vorherige Bundesregierung bereits auf Zeit gespielt hatte, geht die neue das Thema auch eher zögerlich an. Im Koalitionsvertrag steht, dass der Arbeitsschutz überprüft werden soll, besonders mit Blick auf »psychische Erkrankungen« und »die Herausforderungen der Digitalisierung«.

Dabei liegen die wichtigsten Erkenntnisse und praktische Vorschläge schon lange auf dem Tisch: Die Gewerkschaften fordern eine sogenannte Anti-Stress-Verordnung. Mit ihrer Hilfe wäre es einfacher, das Thema in den Betrieben erfolgreich anzupacken.

## Studieren ohne Abitur

Immer mehr Menschen in Deutschland studieren ohne Abitur. Die Zahl ist auf 57 000 gestiegen. Das sind so viele wie noch nie, wie Berechnungen des CHE Centrums für Hochschulentwicklung zeigen. Die IG Metall liefert qualifizierten Berufstätigen ohne Hochschulreife, die ein Studium beginnen wollen, auf dem Bildungsportal »WAP« Informationen zu den Regelungen der einzelnen Bundesländer sowie zu Unterstützungsmöglichkeiten.

► [wap.igmetall.de](http://wap.igmetall.de)

## Check Dein Praktikum

Auf einer Plattform der DGB-Jugend können Schüler und Studenten prüfen und anonym bewerten, wo es sich lohnt, erste Berufserfahrung zu sammeln. Mithilfe einer Übersicht lässt sich einsehen, bei welchen Unternehmen das Lernen im Praktikum im Vordergrund steht. Mehr unter:

► [jugend.dgb.de](http://jugend.dgb.de)

## Kredit für das Studium

Eigentlich sollten Studierende, die es brauchen, ausreichend BAföG erhalten. Da das aber nicht immer der Fall ist, kann ein Studienkredit der KfW eine Lösung sein. Die Förderbank unterstützt Studierende mit mindestens 100 und höchstens 650 Euro im Monat. Das Darlehen gibt es unabhängig von Sicherheiten und Einkommen.

► [kfw.de](http://kfw.de)

# Feingefühl für Zweiräder

**Zweiradmechatroniker/-in** Sie warten und reparieren Mountainbikes oder Motorräder. Technikverständnis ist dafür immer wichtiger. Denn Kunden setzen auf neueste Systeme wie Elektroantriebe.

**Zweiradmechatroniker machen Fahrräder straßentauglich. In dem Beruf sind Feingefühl, Fingerfertigkeit und Sorgfalt gefragt.**

Die ersten Sonnenstrahlen im Frühling locken Fahrrad- und Motorradfahrer zu Hauf auf die Straßen. Auch in den Werkstätten herrscht dann ordentlich Betrieb und Zweiradmechatroniker sind gefragt: Die Kunden wollen, dass ihre Räder straßentauglich gemacht werden. Zweiradmechatroniker stellen Schaltungen ein, wechseln Reifen oder beraten Kunden.

Bei dem Beruf gibt es zwei Fachrichtungen: Fahrrad- und Motorradtechnik. In den Werkstätten sind insbesondere Feingefühl, Fingerfertigkeit und Sorgfalt erforderlich. Damit die Spritztouren der

Kunden reibungslos verlaufen, müssen Mechanik, Elektronik und Hydraulik aufeinander abgestimmt werden. Wie das geht, lernen Auszubildende in dreieinhalb Jahren. Den Ausbildungsberuf gibt es sowohl in Industrie und Handel als auch im Handwerk. Betriebe beschäftigen vor allem Schulabgänger mit Hauptschul- oder mittlerem Bildungsabschluss.

**Mehr Technik** Zweiradmechatroniker der Fachrichtung Fahrradtechnik warten und reparieren Mountainbikes oder Rennräder. Sie passen Bauteile und Komponenten

nach einer Beratung an Kundenwünsche an. Den Beruf gibt es auch in Betrieben, die Fahrräder herstellen. Die Auszubildenden müssen sich dabei auf die Trends der Branche einstellen. Weil immer mehr Kunden auf ein Elektrofahrrad umsteigen, wird viel Technikverständnis verlangt.

Darauf ist auch der Unterricht an der Berufsschule ausgerichtet: Die Lehrer vermitteln dort die Schwerpunkte Elektronik, Mechanik und Werkstoffkunde – hinzu kommen allgemeinbildende Fächer wie Deutsch und Mathematik. Auch in Motorrädern der neueren



Foto: science photo/stock.adobe.com

## Frauen begeistert von Technik

Mädchen können alles – auch Technik. Unter diesem Motto unterstützt die IG Metall junge Frauen, die sich für technische Berufe wie IT-Fachfrau, Ingenieurin, Handwerkerin oder Technikerin interessieren. Am Girls' Day, der wie alljährlich am 26. April stattfand, konnten Mädchen Einblicke in die Berufsfelder bekommen.

Die IG Metall vor Ort hilft Interessierten bei der Suche nach

einem Schülerpraktikum oder einem Ausbildungsplatz mit guten Ausbildungsbedingungen und einer Übernahmeperspektive.

Jugendsekretäre unterstützen sie während der Ausbildung in Technikberufen und beantworten Fragen. Weitere Informationen rund um die berufliche Ausbildung liefert auch das Berufsbildungsportal »WAP« der IG Metall.

► [wap.igmetall.de](http://wap.igmetall.de)







Foto: torwaipphoto/stock.adobe.com

## Anlaufstellen für Auszubildende

Ausbildungsfremde Tätigkeiten, nicht bezahlte und ungerechtfertigte Überstunden oder Unterrichtsausfall an der Berufsschule: Mit solchen Problemen wenden sich Auszubildende an die Jugendsekretäre der IG Metall. Gemeinsam suchen sie Lösungen – ein Ausbildungsabbruch ist dabei in der Regel nur die allerletzte Option. Die Gewerkschaft vor Ort unterstützt die Jugendlichen durch Beratung genauso wie das Portal Dr. Azubi der DGB-Jugend. Auf der Internetseite können Auszubildende Fragen stellen, die im Online-Forum beantwortet werden.

**Betriebsrat fragen** Auch direkt im Betrieb finden Auszubildende Ansprechpartner: Betriebsrat sowie Jugend- und Auszubildendenvertretung beraten, wenn es Schwierigkeiten gibt. Du kannst auch direkt bei Deinem Ausbilder oder in der Berufsschule um ein Gespräch bitten, um die gegenseitigen Erwartungen zu klären. Die Kammern haben ebenfalls Betreuer, die dabei helfen, Probleme in Betrieb oder Berufsschule zu lösen.

Wer in der Berufsschule nicht mitkommt, kann bei der Arbeitsagentur ausbildungsbegleitende Hilfen beantragen. Die Teilnahme ist kostenlos; Unterstützung gibt es durch einen Bildungsträger, der einen persönlichen Förderplan ausarbeitet.

Die IG Metall macht sich für gute Rahmenbedingungen für die betriebliche Berufsausbildung stark. Im Berufsbildungsportal »WAP« kannst Du Dich tiefer einlesen:

👉 [wap.igmetall.de](http://wap.igmetall.de)

Generation steckt viel Elektronik, beispielsweise für Motorsteuerung und Regelsysteme. Auszubildende lernen deshalb in Reparaturwerkstätten, wie sie den Fehlerspeicher des Motorrads mithilfe eines Laptops auslesen. Mit Mess- und Diagnosegeräten testen sie dort außerdem Antriebsaggregate und führen Abgasuntersuchungen durch. Fachkräfte finden darüber hinaus Einsatz bei Motorrad- oder Ersatzteilhändlern mit angeschlossener Werkstatt und bei Herstellern von Krafträdern. Bei der Herstellung von Bauteilen und Fahrzeugen bearbeiten Zweiradmechatroniker der

Fachrichtung Motorradtechnik Metall mittels Füge-, Trenn- oder Umformtechniken.

Im ersten Jahr verdienen Auszubildende beider Fachrichtungen in der Metall- und Elektroindustrie bis zu 1047 Euro brutto im Monat. Die Vergütung kann auf bis zu 1264 Euro im vierten Jahr steigen. Im Handel wird dagegen meist deutlich weniger gezahlt.

Das Geschäft mit den Zweirädern unterliegt meist saisonalen Schwankungen. Gerade jetzt im Frühjahr und im Sommer gibt es reichlich zu tun.

Jens.Knuettel@igmetall.de



### Mehr Wissen

Weitere Informationen zum Beruf gibt es bei Berufenet, der Webseite der Bundesagentur für Arbeit:

👉 [berufenet.arbeitsagentur.de](http://berufenet.arbeitsagentur.de)  
→ Suche: Zweiradmechatroniker

## Telefonservice zur Weiterbildung

Ein Telefonservice des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) berät Bürger bei Fragen rund um das Thema Weiterbildung. Die Berater helfen dabei, noch ungenaue Weiterbildungsabsichten zu konkretisieren, für die individuelle Situation passende Angebote und bei Bedarf auch persönliche Ansprechpartner vor Ort zu finden. Die Beratung gibt es montags bis freitags (außer

an Feiertagen) zwischen 9 und 17 Uhr unter der Telefonnummer 0800 2017909.

Bürger erhalten Auskunft zu Fragen rund um die Finanzierung von Weiterbildungsaktivitäten und öffentliche Förderungen. Die Berater informieren Ratsuchende auch über relevante Internetseiten. Weitere Informationen findet Ihr unter:

👉 [bmbf.de](http://bmbf.de)  
→ Suchbegriff: Infotelefon

## Praktische Erfahrung im Ausland sammeln

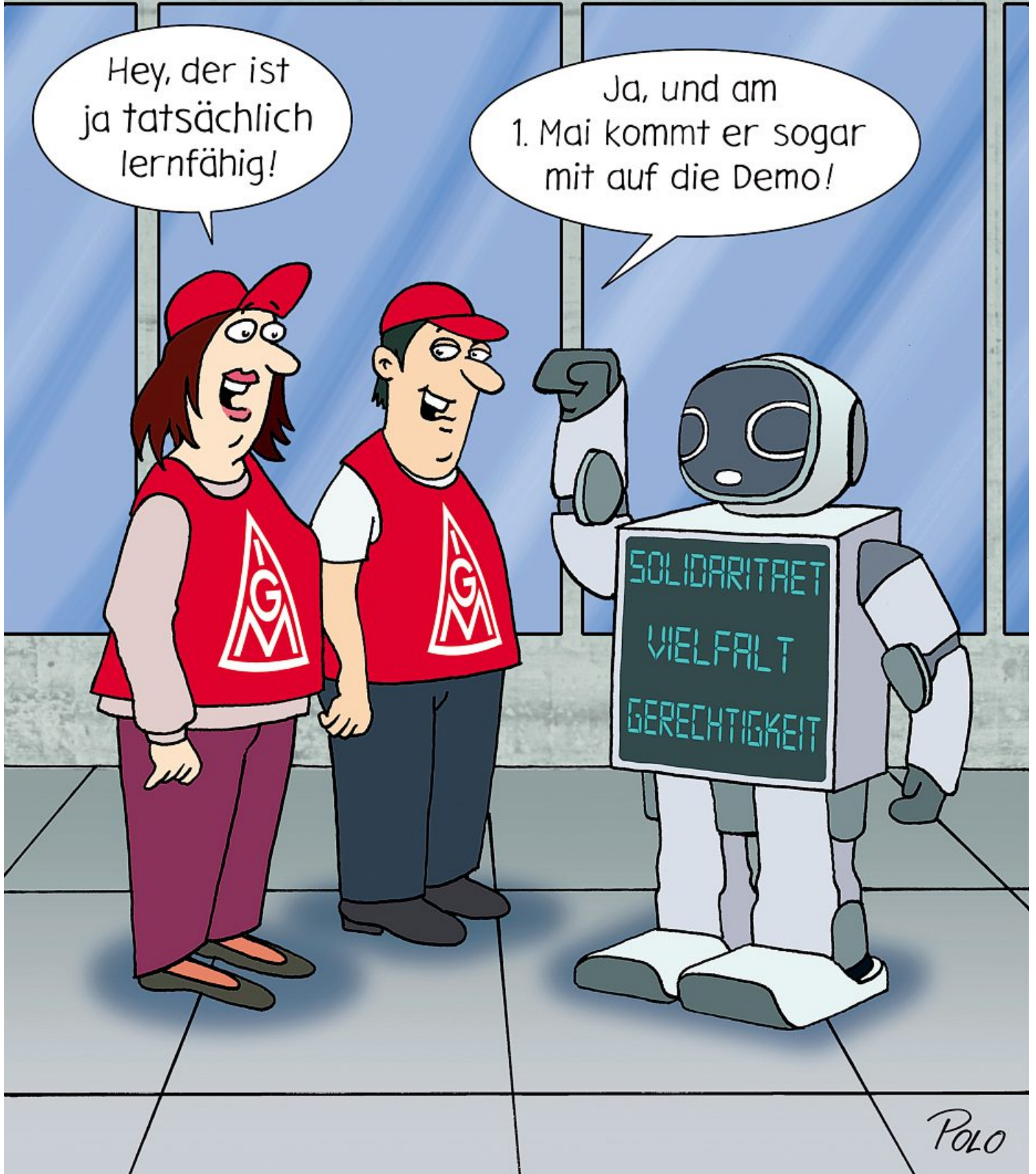
Die Informations- und Beratungsstelle für Auslandsaufenthalte in der beruflichen Bildung (IBS) stellt Angebote vor, die Interessierten die Möglichkeit geben, praktische Erfahrungen im Ausland zu sammeln. Eine Datenbank listet Programme auf, die speziell auf Auszubildende oder Schulabgänger zugeschnitten sind. Mehr dazu findet Ihr unter:

👉 [go-ibs.de](http://go-ibs.de)

## Künstliche Intelligenz 4.0

Hey, der ist ja tatsächlich lernfähig!

Ja, und am 1. Mai kommt er sogar mit auf die Demo!





## Die Preise im Mai

**Erster Preis:**  
eine IG Metall-Reisetasche

**Zweiter Preis:**  
eine Isolierkanne von Emsa

**Dritter Preis:**  
ein IG Metall-Thermobecher



## Einsenden\*

Schicke die Lösung mit Vor-, Nachnamen und Adresse bis **18. Mai 2018** per Post an: Redaktion metallzeitung, Preisrätsel, 60244 Frankfurt am Main. Oder per E-Mail an:

► [raetsel@igmetall.de](mailto:raetsel@igmetall.de)

\*Maschinell erstellte Lösungszuschriften sind von der Teilnahme ausgeschlossen.

## Rätsel

Die Bildausschnitte gehören zu Fotos, die Ihr in dieser Ausgabe der metallzeitung findet. Die Lösung ergibt sich aus der Summe der Seitenzahlen, auf denen die Bilder zu finden sind.



## ►HIER KANNST DU DICH REGISTRIEREN



Auf der IG Metall-Internetseite sind Broschüren, Flyer und Serviceangebote erst einsehbar, wenn sich Mitglieder online registriert haben. Deinen persönlichen Zugang kannst Du hier einrichten:  
► [igmetall.de/anmelden](http://igmetall.de/anmelden)

## ►DEINE GESCHÄFTSSTELLE



Hier findest Du Deine IG Metall-Geschäftsstelle:  
► [igmetall.de/vor-ort](http://igmetall.de/vor-ort)

## ►LESERTELEFON

**0800 446 38 25**

Montag bis Donnerstag: 9 bis 16 Uhr  
Freitag: 9 bis 13 Uhr (gebührenfreie Rufnummer)  
Fax: 069 66 93-20 02  
► [metallzeitung@igmetall.de](mailto:metallzeitung@igmetall.de)

## ►BILDUNGSURLAUB



Wer sich weiterbilden und etwas für sich oder seine Karriere tun möchte, kann dafür Bildungsurlaub beantragen. Unser Ratgeber gibt Tipps.  
► [igmetall.de/ratgeber-bildungsurlaub](http://igmetall.de/ratgeber-bildungsurlaub)

## ►HIER WIRST DU MITGLIED



Hier kannst Du Mitglied werden:  
► [igmetall.de/beitreten](http://igmetall.de/beitreten)

## ►LESERBRIEFE

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Mitglieder zu Wort kommen zu lassen. Es ist leider nicht möglich, alle Zuschriften abzudrucken. Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder.

## ►IMPRESSUM

**Herausgeber:**  
Jörg Hofmann,  
Christiane Benner,  
Jürgen Kerner

**Beauftragte der Herausgeber:**  
Silke Ernst (verantw. i. S. d. P.)

**Anschrift:**  
Redaktion **metallzeitung**  
Wilhelm-Leuschner-Straße 79,  
60329 Frankfurt am Main

**Chefredakteurin:**  
Fabienne Melzer

**Chef vom Dienst:**  
Artur Siemens

**Redaktion:**  
Simon Che Berberich,  
Jan Chaberny, Dirk Erb,  
Martina Helmerich, Jens  
Knüttel, Sylvia Koppelberg,  
Antonela Pelivan

**Art-Direktion:**  
Gudrun Wichelhaus-Decher

**Bildredaktion:**  
Michael Schinke

**Sekretariat:**  
Beate Albrecht

► [igmetall.de/metallzeitung](http://igmetall.de/metallzeitung)

**Angebot für Sehbehinderte:**  
**metallzeitung** gibt es auch als  
Word- oder PDF-Datei:  
► [metallzeitung@igmetall.de](mailto:metallzeitung@igmetall.de)

**Vertrieb:**  
Thomas Köhler  
Telefon: 069 66 93-22 24  
Fax: 069 66 93-25 38  
► [vertrieb@igmetall.de](mailto:vertrieb@igmetall.de)

**Anzeigen:**  
Petra Wedel, Zweiplus  
Medienagentur,  
Pallaswiesenstraße 109,  
64293 Darmstadt  
► [info@zweiplus.de](mailto:info@zweiplus.de)

**Druck und Versand:**  
apm AG, Darmstadt



**Papier:** **metallzeitung** erscheint zehn Mal im Jahr. Für Mitglieder der IG Metall ist der Bezug im Beitrag enthalten. Das Papier, auf dem **metallzeitung** gedruckt wird, besteht zu 70 Prozent aus Altpapier und zu 30 Prozent aus FSC- und PEFC-zertifiziertem Holz, das aus nachhaltiger Waldbewirtschaftung in Süddeutschland und der Schweiz stammt.